

## GRÜNER FEMINISMUS HEUTE



WIE SIEHT ES AUS IN DER PARTEI DER FRAUENBEWEGUNG?  
Seite 3

## STADTTEILMÜTTER IN HANNOVER



GRÜNE POLITIK IN DER PRAXIS: EIN INTERVIEW  
Seite 6

## HANNOVERS REGENBÖGEN



EIN BLICK AUF DIE LESBISCHE UND SCHWULE SZENE  
Seite 11

## AUSSERDEM:

- FRAUEN BEI FLORA S. 7
- MANNIGFALTIG S. 10
- Y-TRASSE S. 14

SONDERAUSGABE ZUM 100. INTERNATIONALEN FRAUENTAG

# GRÜNE SEITEN

MITTEILUNGSBLATT VON BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN IN DER REGION HANNOVER

8. MÄRZ 2011

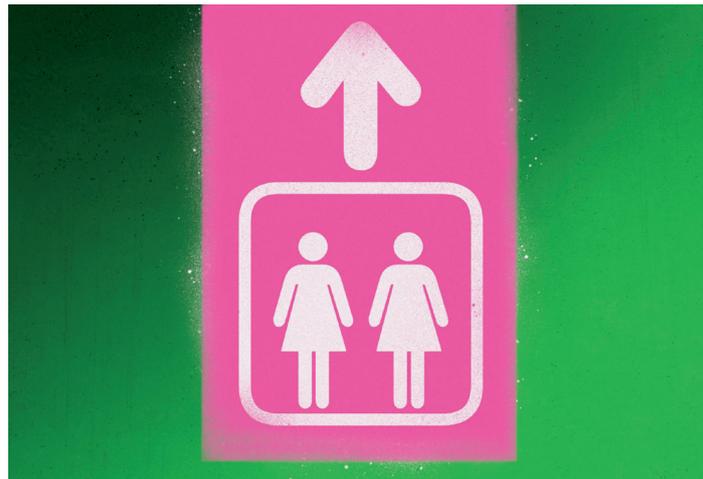
Die Gleichberechtigung zwischen Männern und Frauen ist im Grundgesetz festgeschrieben, das Frauenwahlrecht eine Selbstverständlichkeit und bei den Bildungsabschlüssen haben Mädchen und junge Frauen das andere Geschlecht längst überholt. Frauen können Karriere machen und im Prinzip ihr Leben selbst bestimmen. Dennoch ist Chancengleichheit von Männern und Frauen noch Zukunftsmusik. Frauen verdienen in Deutschland 23 Prozent weniger als Männer, sind seltener in Führungspositionen, und schlecht bezahlte Berufe sind meist Frauensache.

## WELTWEIT BESTEHT VERBESSERUNGSBEDARF

Obwohl sich 1992 auf dem Erdgipfel in Rio 179 Staaten mit dem weltweiten Aktionsprogramm (Agenda21) verpflichteten, die Rolle der Frauen zu stärken, leben Millionen Frauen auf allen Kontinenten in Armut, sind erwerbslos oder arbeiten zu minimalen Löhnen und ohne Schutzrechte. Wir müssen hierzulande nicht mehr, wie noch in vielen Teilen der Welt, dafür sorgen, dass Menschenrechte auch für Frauen gelten. In vielen Regionen leiden besonders Frauen unter Kriegen, werden massenhaft in die Migration getrieben. In vielen Ländern fehlen Trinkwasser, saubere Luft, Gesundheitsfürsorge, Wohnraum und Bildung. Überall auf der Welt werden Frauen und Mädchen benachteiligt, ausgebeutet und unterdrückt. Aber überall auf der Welt übernehmen gerade sie Verantwortung für das Leben und die Zukunft, sei es im Kampf gegen den Hunger, um Chancen für ihre Kinder, Arbeitsbedingungen, Gesundheitsversorgung etc. – nicht nur am internationalen Frauentag.

## ...ABER AM ZIEL SIND WIR NOCH LANGE NICHT.

Dr. Brigitte Vollmer-Schubert, Gleichstellungsbeauftragte der Stadt Hannover, zum 100. Internationalen Frauentag.



DER FAHRSTUHL NACH OBEN MUSS NOCH WEITERFAHREN: GRÜNES PLAKATMOTIV ZUR BUNDESTAGSWAHL 2009.

Seit 1911 geht es am Internationalen Frauentag um die Arbeits- und Lebenssituation von Frauen. Auch heute noch sind Frauen in hoher Zahl von häuslicher Gewalt bedroht. Doch immer mehr Frauen halten dies nicht mehr für ihr persönliches, individuelles Problem, sondern wenden sich an Behörden und Beratungseinrichtungen. Das muss von der Politik auf Bundes-, Landes- und kommunaler Ebene weiter unterstützt werden.

## SCHLECHTERE BEZAHLUNG AUCH HIERZULANDE

In der Region Hannover leben 11.000 Alleinerziehende, die Grundsicherung nach dem Sozi-

algesetzbuch II beziehen; 95 Prozent hiervon sind Frauen. Frauen stellen nur gut 35 Prozent aller Vollzeitbeschäftigten. 43 Prozent aller erwerbstätigen Frauen verdienen weniger als 900 Euro im Monat. Sie liegen damit unterhalb der Armutsrisikogrenze; eine unabhängige finanzielle und soziale Existenz ist nicht sichergestellt. Aber nicht nur Teilzeitarbeit, auch die Bewertung von Arbeit ist ein Grund für den ‚gender gap‘. Krankenschwester, Erzieherin oder Altenpflegerin und andere typische Frauenberufe werden immer noch schlechter bezahlt als Berufe auf vergleichbarem Aus-

FORTSETZUNG: SEITE 2

## LIEBE FREUNDINNEN UND FREUNDE!

Diese Ausgabe unserer Mitgliederzeitschrift ist nicht nur in der farblichen Gestaltung anders: An unserer Sonderausgabe zum 100. Internationalen Frauentag haben ausschließlich Autorinnen mitgewirkt. Dazu haben wir uns ganz bewusst entschieden, denn in der öffentlichen Wahrnehmung ist Politik leider weiterhin eine Männerdomäne. Auch einzelne Spitzenpolitikerinnen können nicht darüber hinwegtäuschen, dass Frauen in der Politik in Deutschland deutlich unterrepräsentiert sind.

Wenn nun einzelne CDU-Politikerinnen tatsächlich für die Wirtschaft die Einführung einer Frauenquote fordern, wirkt dies umso unglaubwürdiger, da sie sich schließlich nicht einmal in ihrer eigenen Partei mit der Forderung nach Geschlechterparität durchsetzen können.

Bündnis 90/Die Grünen haben sich dagegen seit langem verpflichtet dafür zu sorgen, dass ihre MandatsträgerInnen und ParteivertreterInnen mindestens zur Hälfte Frauen sind.

Auch in der Kommunalpolitik stellen wir einen großen Teil der Frauen in den Räten und Kreistagen. Stellvertretend für viele dieser engagierten ehrenamtlich tätigen grünen Politikerinnen sollen einige in unseren „Lila Seiten“ zu Wort kommen. Sie berichten von ihrer politischen Arbeit aus ihrem Fachbereich und zeigen damit auf, dass grüne Politik maßgeblich von Frauen mitgestaltet wird.

BRIGITTE DEYDA  
REGIONS-VORSITZENDE

## FORTSETZUNG VON SEITE 1

bildungsniveau im technischen Bereich, die überwiegend von Männern ausgeübt werden. Die hierarchische Unterscheidung zwischen „Frauenarbeit“ und „Männerarbeit“ ist längst nicht mehr mit körperlicher Kräfteforderung oder Schwierigkeitsgrad zu begründen. Sie führt zu Armut vieler Frauen und macht eine ausreichende Altersvorsorge unmöglich. Dabei käme Lohn-gerechtigkeit allen zugute. Es gäbe mehr Steuereinnahmen und die

Ausgaben für bestimmte Sozialleistungen würden sinken. Durch Entgeltgerechtigkeit stünde den privaten Haushalten mehr Geld für die alltäglichen Ausgaben und größere Anschaffungen zur Verfügung – die Kaufkraft würde erhöht, die Wirtschaft angekurbelt.

### RAHMENBEDINGUNGEN VERBESSERN

Die Lebenslagen in Deutschland sind immer noch stark von der Geschlechtszugehörigkeit bestimmt. Die aktuelle Sozial- und Steuerpolitik schreibt die Versorgung fort, obwohl das sogenannte „Ernährermodell“ schon lange ausgedient hat. Die steuerlichen Anreize, eine Familie mit nur einem Einkommen zu ernähren, müssen endlich abgeschafft werden.

Junge Frauen haben heute eine gute Ausbildung und wollen finanzielle Unabhängigkeit. Sie wollen, das zeigen alle Umfragen, ihr eigenes Geld verdienen, aber auch Kinder und Familie.

Dass es auch aus demographischen Gründen für die Gesellschaft sinnvoll ist, Familienförderung und Maßnahmen zur Vereinbarkeit von Beruf und Familie zu fordern, haben inzwischen alle Parteien erkannt und diese Aussagen fehlen in keinem Wahlprogramm. Aber reicht das schon aus? Die Rahmenbedingungen

für Frauenerwerbstätigkeit müssen verbessert, die Vereinbarkeit von Beruf und Familie für Frauen und Männer erleichtert und genügend Kinderbetreuung in guter Qualität angeboten werden. Notwendig ist es auch, Anreize für

Männer und Frauen zur Teilung ihrer Arbeitsverhältnisse zu vergrößern. Um Gleichstellung zu fördern, muss eine verantwortliche Politik dazu beitragen, die Polarisierung und Hierarchisierung zwischen den Geschlechtern abzubauen, denn diese ist keine

natürliche, sondern eine gesellschaftlich bestimmte und veränderbare Tatsache.

### EIN KULTURWANDEL IST NOTWENDIG

Zur Gleichberechtigung gehören darüber hinaus die Phantasie und der Wille, das eigene Leben nach eigenen Vorstellungen zu gestalten und die entsprechende politische Unterstützung dazu. Es ist ein kleiner Schritt in die richtige Richtung, dass immer mehr Väter Elterngeld in Anspruch nehmen, wenn auch meistens nur für kurze Zeit. Beide Geschlechter müssten realisieren, dass Frauen inzwischen oft in vielem überlegen sind und Männer nicht „größer, älter, gebildeter und beruflich erfolgreicher“ sein müssen, damit eine Beziehung ausgewogen ist. Gleichberechtigung erfordert einen Kulturwandel in den Denk- und Verhaltensweisen von Männern und Frauen. Es geht darum, verstärkt die „männlichen“ Anteile und Potenziale bei Frauen und die „weiblichen“ bei Männern zu sehen und zuzulassen. Ebenso geht es darum, unter Frauen und Männern verschiedener kultureller Herkunft, religiöser und ethischer Gesinnung die jeweiligen Stärken zu sehen.

#### BRIGITTE VOLLMER-SCHUBERT

Brigitte.Vollmer-Schubert@Hannover-Stadt.de



## In Zukunft Frauenpolitik?



Regierung Kohl nach der Vereidigung 4.10.82

Farbe bekennen DIE GRÜNEN

### GRÜNES WAHLPLAKAT VON 1986.

# MACHT & MONETEN TEILEN: FRAUEN AN DIE ARBEIT!

Frauen an die Arbeit! - Von Brigitte Pothmer, arbeitsmarktpolitische Sprecherin der Grünen Bundestagsfraktion.

Quicklebendig zeigen sich die Auseinandersetzung über Feminismus und der Kampf für mehr Geschlechtergerechtigkeit im hundertsten Jahr des Internationalen Frauentags. Beleg dafür sind einige aktuelle Aktionen, Publikationen und Debatten zu lila Stichworten:

- Die Zeitschrift Brigitte präsentiert nach einem Jahr ihrer Erfolgs-Kampagne „Ohne Models“ nun ihre Modehits erstmalig ausschließlich mit Frauen mit Migrationshintergrund.

- Die Ex-TAZ-Chefredakteurin Bascha Mika provoziert in der Auseinandersetzung über die Vereinbarkeit von Kindern und Karriere mit einem Buch mit dem Titel „Die Feigheit der Frauen“.

- „Wir müssen endlich eine Bezahlung bekommen, die sich nicht danach richtet, ob man einen Schwanz hat oder nicht“, ruft die Hauptfigur im Kinofilm „We Want Sex“ und begeistert damit auch hierzulande für die Erzählung über einen Frauenstreik für gleichen Lohn in Großbritannien Ende der sechziger Jahre.

- Mit einem ganz und gar unweiblichen „Basta!“ versuchte Kanzlerin Angela Merkel vor wenigen Tagen die Quoten-Debatte zwischen ihren Ministerinnen unter Kontrolle zu bringen.

Was haben diese vier Beispiele gemeinsam?

1. Sie sind relativ ungewöhnlich.
2. Sie wären noch vor ein paar Jahren so nicht denkbar gewesen.
3. Sie stehen auch im Zusammenhang mit der Existenz und dem unbeugsamen frauenpolitischen Handeln der Grünen.
4. Sie eröffnen in all ihrer Widersprüchlichkeit Chancen für das Engagement für mehr Frauenrechte. Auch und gerade für uns Grüne.

Der frauenpolitische Diskurs kommt in der Mitte der Gesellschaft an. Ich finde, dass es höchste Zeit dafür ist. Denn vieles spricht heute – mehr denn je – dafür, dass die Zukunft weiblich ist. Die Ergebnisse in den Schulen und Hochschulen beweisen, dass sich immer mehr Frauen qualifizieren. Die Arbeitswelt verändert sich und braucht die Kompetenzen der Frauen, der Fachkräftemangel zwingt geradezu einen massiven Anstieg der Erwerbsarbeit von Frauen – und das macht auch einen rapiden Paradigmenwechsel für die Besetzung von Jobs in den Führungsetagen notwendig.

Männerdominiert lässt sich in Zukunft kein Blumentopf mehr gewinnen. Das bringt selbst der gerade veröffentlichte erste Gleichstellungsbericht der schwarz-gelben Bundesregierung in einem Satz auf den Punkt: Die Kosten der Nicht-Gleichstellung übersteigen die der Gleichstellung bei weitem, heißt es darin. Das gilt sowohl in wirtschaftlicher als auch in gesellschaftlicher Hinsicht.

Wir werden die Quote brauchen, um die Abwehrkämpfe der Männer für Macht und Moneten zu überwinden. Aber unser Kampf für Innovationen, die Frauen und Männern neue Chancen im Erwerbs- und Privatleben eröffnen, braucht mehr. Er braucht politische Orientierung UND Enthusiasmus und Empathie – also den ganzen Menschen – männlich wie weiblich. Und dafür sind Brigitte, Bascha Mika, „We want sex“ und Merkels Basta sehr gute Anknüpfungspunkte. Denn sie machen unser Anliegen spannend, sorgen für Aufmerksamkeit und provozieren Kritik. Dem Ziel der Gleichberechtigung zwischen den Geschlechtern kann das nur dienlich sein.

#### BRIGITTE POTHMER

brigitte.pothmer@bundestag.de



**A**ngesichts der bevorstehenden Kommunalwahl in diesem Jahr stehen wir vor der Herausforderung, unsere freiwillige Selbstverpflichtung, mindestens die Hälfte der Listenplätze mit Frauen zu besetzen, zu erfüllen. Gerade in der Kommunalpolitik sind in Niedersachsen Frauen mit einem durchschnittlichen Anteil von weniger als einem Viertel (seit der Kommunalwahl 2006) immer noch deutlich unterrepräsentiert. Dabei stellt Bündnis 90/Die Grünen unter den kommunalen Mandatsträgerinnen den größten Teil. Mit der Frauenquote als Erfolgsmodell sorgen wir dafür, dass auch in der Kommune Politik von Frauen mitgestaltet wird.

Damit die anderen Parteien ebenfalls ihren Beitrag zu einer größeren Repräsentanz von Frauen in der Politik beitragen, brauchen wir eine gesetzliche Grundlage nach dem Vorbild des französischen Paritätsgesetzes, die alle Parteien zur Aufstellung von geschlechterparitätisch besetzten Listen verpflichtet. Dafür setzen wir uns in Niedersachsen als Grüne ein.

Aber auch innerhalb unserer eigenen Partei erfordert das Motivieren von Frauen für eine Kandidatur besonderen Einsatz. Bei der Aufstellung von KandidatInnenlisten wird immer wieder beklagt, dass weit mehr Gespräche notwendig sind, um Frauen zu einer Kandidatur zu bewegen. Wir müssen außerdem seit längerem feststellen, dass allein in unserer Mitgliedschaft im Regionsverband Hannover nur etwas mehr als ein Drittel Frauen vertreten sind. Mit diesem Problem haben wir uns im letzten Jahr in einer eigens zu diesem Zweck einberufenen Frauenversammlung auseinandergesetzt mit der Fragestellung: Wie müssen wir die Parteiarbeit gestalten, um Frauen zur Mitarbeit in unserem Regionsverband zu motivieren?

Auf unserer Versammlung haben wir, unterstützt durch die Gendertrainerin Ute Engelmann, gemeinsam Merkmale frauenförderlicher Parteistrukturen beschrieben und über geeignete Strategien und Instrumente zur Frauenförderung in unserer Partei diskutiert: Es soll regelmäßig Frauenversammlungen für die weiblichen Mitglieder geben, auf denen politische Positionen zu aktuellen Themen diskutiert und gemeinsam formuliert werden

# GRÜNER FEMINISMUS HEUTE

**Im Grünen Regionsverband Hannover ist das Verhältnis zwischen Frauen und Männern ungefähr 2:3. Wie gelingt es, Frauen für aktives politisches Engagement zu gewinnen? Wie sieht es aus mit dem Feminismus in der Partei der Frauenbewegung? Und ist Grüner Feminismus heute immer noch lila? - Brigitte Deyda, Friederike Kämpfe und Carolin Jaekel machen sich Gedanken.**

sollen. Darüber hinaus haben wir uns vorgenommen, Netzwerke zu knüpfen und die Information und Kommunikation zwischen den Frauen in der Partei zu verbessern, und Unterstützung für unsere grünen Politikerinnen anzubieten durch Seminare und Coaching.

Außerdem wollen wir den Anteil der weiblichen Mitglieder im Regionsverband deutlich erhöhen. Unser Ziel ist es, bis zur Kommunalwahl 100 Frauen als neue Mitglieder zu gewinnen und dabei Frauen mit Migrationshintergrund besonders anzusprechen.

Wie wir Migrantinnen für politisches Engagement gewinnen können, das war Thema der 2. Frauenversammlung. Die partizipative Methode des World Café hat hierbei für eine lebendige Diskussion in angenehmer Atmosphäre gesorgt und allen Frauen das Einbringen von eigenen Beiträgen in die Diskussion ermöglicht. Als eine weitere Idee ist auf einer der Frauenveranstaltungen entstanden, zum Internationalen Frauentag 2011 eine Sonderausgabe unserer Mitgliederzeitung herauszugeben, die nur von Frauen verfasst wird, und eine Frauenveranstaltung anzubieten, die über das Programm des Hannoverischen Frauenbündnisses zum Internationalen Frauentag beworben wird.

Die geplante öffentliche Frauenveranstaltung beschäftigt sich mit dem Thema Gesundheit und findet statt als Interkulturelles Frauencafé am 19.03.2011 um 16.30 Uhr.

**BRIGITTE DEYDA**  
deyda@  
gruene-hannover.de



**A**nlässlich des Weltfrauentages bringt der Grüne Regionsverband mit den „Lila Seiten“ eine Sonderausgabe der Grünen Mitgliederzeitschrift heraus, deren Artikel nur von Frauen verfasst wurden. Die Gründe dafür liegen nahe: 100 Jahre nach der Einführung des Frauentages soll dadurch deutlich gemacht werden, dass Frauen noch immer in vielen gesellschaftlichen Bereichen unterrepräsentiert sind. Diese Herangehensweise wollen wir zum Anlass nehmen für Kritik und für eine konstruktive Auseinandersetzung über Grüne Frauen- und Gleichstellungspolitik.

Dass Frauen Artikel für die Grünen Seiten verfassen und damit Teil der Parteiöffentlichkeit werden ist enorm wichtig. Es zeigt, dass Frauen Grüne Politik gestalten und dass ihr Agieren im politischen Raum selbstverständlich ist. Dass aber die Artikel in den „Lila Seiten“ ausschließlich von Frauen verfasst werden, suggeriert, dass Gleichstellung reine „Frauensache“ ist und damit keine gesamtgesellschaftliche Aufgabe. Einerseits haben aber Kristina Schröder und Angela Merkel längst bewiesen, dass „Frau sein“ nicht automatisch heißt, sich auch für Frauenpolitik einzusetzen. Andererseits werden Männer damit von vornherein von der Aufgabe entbunden, an dem gemeinsamen Ziel einer geschlechtergerechteren Gesellschaft mitzuwirken.

Aber Männer haben längst begonnen sich aktiv mit Gleichstellungsfragen auseinanderzusetzen. Nicht zuletzt, weil auch sie sich – ebenso wie Frauen – gesellschaftlichen Rollenerwartungen ausgesetzt sehen, denen sie nicht länger entsprechen

wollen. Warum geben wir den Männern nicht auch bei den Grünen den Raum sich in frauen- und geschlechterpolitische Diskussionen einzubringen? Und wäre es nicht wichtiger, anstelle der symbolischen Maßgabe einer rein weiblichen Redaktionsbesetzung vielmehr eine breite Diskussion auf inhaltlicher Basis darüber zu führen, wie eine geschlechtergerechte Gesellschaft aussehen kann?

Schließlich hat sich die Frauen- und Geschlechterforschung weiterentwickelt und neue feministische Konzepte hervorgebracht. Diese hinterfragen die Kategorie Geschlecht als soziale Konstruktion und versuchen, sowohl die Geschlechterstereotype („typisch männlich“ – „typisch weiblich“) als auch das System der Zweigeschlechtlichkeit aufzubrechen. Warum ignorieren wir mit den „Lila Seiten“ die Weiterentwicklung des feministischen Diskurses und verspielen die Chance, gesamtgesellschaftlich, mit allen wie auch immer geschlechtlich definierten WeggefährterInnen, gemeinsam Gleichberechtigung voranzutreiben?

Die Grünen Seiten dürfen ruhig auch mal lila sein. Schließlich knüpft dies konsequenterweise an die Farbe der Frauenbewegung und ihre bedeutsamen strukturellen Errungenschaften der letzten 40 Jahre an. Dennoch sollten die „Lila Seiten“ nicht bei den feministischen Konzepten, die mit lila Latzhosen, der „Emma“ und Alice Schwarzer verbunden werden, stehen bleiben. Diese Assoziationen reichen nicht mehr aus, um die heutige Auseinandersetzung mit Frauen- und Geschlechterfragen adäquat zu beschreiben – sie ignorieren die Weiterentwicklung der feministischen Ansätze. Es ist an der Zeit, die neuen Konzepte auch in die Grüne Gleichstellungspolitik einzubeziehen. Dabei soll es nicht darum gehen die klassische Frauenpolitik zu ersetzen, sondern sie im Sinne einer geschlechtergerechteren Gesellschaft weiterzuentwickeln und um Gleichstellungskonzepte zu ergänzen.

**CAROLIN JAEKEL**  
caro.jaekel@freenet.de



**FRIEDERIKE KÄMPFE**  
friederike.kaempfe@  
gruene-hannover.de



# AUSSCHUSS- DOMÄNEN

Ein Zahlenspiel für mehr Gleichstellung in den Rats-Ausschüssen.



## NIX DA MÄNNERDOMÄNE!

FOTO: PHOTOCASE.COM

In den 14 Ausschüssen des Hannoverschen Rates existieren ganz klare Ausschussfavoriten für Männer als auch für Frauen. Nehmen wir zum Beispiel das Gremium Haushalt und Finanzen, in dem neun Männer und vier Frauen sitzen. Den Vorsitz bekleidet ein Mann. Oder nehmen wir den Stadtentwicklungs- und Bauausschuss. Dieser ist von zehn Männern und drei Frauen besetzt. Vorsitzender ist auch hier ein Mann. Ganz dramatisch stellt sich die Situation im Ausschuss für Umweltschutz und Grünflächen dar. Dort finden wir unter zwölf Männern lediglich eine Frau. Den Vorsitz hat natürlich auch hier ein Mann. Und in den Ausschüssen für Arbeitsmarkt-, Wirtschafts- und Liegenschaftsangelegenheiten (AWL) oder Betriebsausschuss für Stadtentwässerung existiert erst gar keine Frau! In nur vier von insgesamt 14 Gremien ist eine 40-prozentige Frauenquote erfüllt, nämlich die Bereiche Kultur, Schule, Jugend und Migration. In nur fünf von 14 Ausschüssen haben Frauen den Vorsitz und in nur zweien, dem Sozialausschuss und dem Gleichstellungsausschuss, sind mehr Frauen als Männer vertreten. Richtig ist, dass im Rat knapp doppelt so viele Männer wie Frauen sitzen (41 zu 24). Das müssen wir Frauen ändern und den kommenden Wahlkampf kräftig dafür nutzen. Die Sitzverteilung im Rat erklärt zwar die Überrepräsentation der Männer in unseren Ausschüssen, dennoch sollte sich jede Partei selbstkritisch fragen, ob nicht doch paritätischere

Verhältnisse geschaffen werden könnten. Überträgt man nämlich diese Mehrheitsverhältnisse auf die verschiedenen Gremien, so wird klar, dass es hier Unverhältnismäßigkeiten gibt. Handelt es sich vielleicht doch um gewisse Ausschussdomänen?

Bei uns Grünen ist immerhin die Hälfte der Ausschüsse „gengendert“. Trotzdem ist es auch hier so, dass fünf Ausschüsse rein männlich und nur zwei rein weiblich besetzt und die Bereiche dabei klar zugeordnet sind. Stadtentwässerung, Umweltausschuss, Wirtschaft, Finanzen und Häfen sind die Domänen der Männer und Migration und Gleichstellung die der Frauen.

Gerade dieses Jahr sollten wir die Neubildung der Ratsfraktion in Hannover nutzen und uns fragen, worin wir uns trauen gut zu sein. Wir alle müssen unsere Rollenbilder verschärfen, um ein ausgewogeneres Verhältnis zu schaffen. Gleichstellung ist nur voranzubringen, wenn beide Seiten dazu bereit sind. Frauen denken anders als Männer. Und genau das ist ungemein wichtig für manche Themenbereiche. Frauen sind gesellschaftlich in der Mehrheit, vergessen aber völlig, das zu nutzen. Lasst uns also Frauen motivieren, neuen Bereichen zuzuordnen und für diese fit machen. Dann nämlich gewinnen wir noch viel mehr als „nur“ diesen Wahlkampf!

### REGINE KRAMAREK

regine.kramarek@hannover-rat.de



# FEMINISTISCHE BERATUNG UND THERAPIE

Von Birgit Lapp-Schumacher vom Frauen-Treffpunkt Hannover.

Ausgangspunkt feministischer Beratung ist die Analyse weiblicher Lebenswelten, die die Benachteiligung von Frauen in ökonomischer, kultureller und sozialer Hinsicht aufweist. Auch in Zeiten der Gleichberechtigungsgesetze und Gender Mainstreaming erleben Frauen weiterhin erhebliche Ungleichheiten. Feministische Beratung hinterfragt gesellschaftliche Selbstverständlichkeiten, weil sie gezielt die Konzentration auf das Erleben von Frauen, auf ihre Wahrnehmung und ihr Denken lenkt. Zu den Grundsätzen feministischer Beratung gehören:

- Parteilichkeit ist eine politische Haltung, die das Bewusstsein über erlebte Gewalt sowie Benachteiligungen von Frauen in einer männlich orientierten Gesellschaft beinhaltet. Das Wissen und die Kenntnisse feministischer Beraterinnen über die Folgen der in der Kindheit oder/und später erlebten sexuellen Misshandlungen und aller anderen Formen von erlebter Gewalt auf die Persönlichkeitsentwicklung, -verfassung, Lebensqualität und körperlicher Gesundheit bilden die Grundlagen in der Beratungssituation. Die alltägliche Geringschätzung, Abwertung und Herabsetzung des Weiblichen ist verinnerlicht und erfordert die Unterstützung eines neuen Selbstwertempfindens, -bestimmung und Unabhängigkeit. Die alltägliche Herabsetzung von Frauen äußert sich auch durch ungleiche Entlohnung bei gleicher Arbeit und ungleicher Karrierechancen in Wirtschaft und Politik. Frauen arbeiten vermehrt im Niedriglohnsektor und sind daher häufiger von Arbeitslosigkeit betroffen. Frauen stehen unter Doppel- und Dreifachbelastung durch Erwerb und Familie. Arbeitsbedingungen, -zeiten und Kinderbetreuung sind schwer vereinbar. Die Aufteilung von Erziehungsaufgaben, Hausarbeit, Reproduktions- und Sorgearbeit,

ist immer noch ungleich verteilt und gehen zu Lasten der Frauen. Entscheiden Frauen sich überwiegend für Erziehungszeiten und gegen eine volle Berufstätigkeit, schmälert sich der Erwerb ausreichender Rentenansprüche.

- Empowerment bedeutet die Förderung der Selbsthilfekompetenzen und der Selbstermächtigung, die Unterstützung von Selbst- und Körperwahrnehmung, die Ermittlung und Wahrnehmung der eigenen Grenzen und die Offenheit gegenüber der Entwicklung individueller sexueller Orientierung und Lebensform.

- Enttabuisierung: Ein großes Verdienst der Frauenbewegung ist es gewesen, erstmalig das Tabu der sexuellen Gewalt gegenüber Frauen und Kindern, des Inzests in den Familien und die Benachteiligung aufgrund des weiblichen Geschlechts zu benennen und zu verhindern. Bei der Betrachtung aktueller Studien (M. Schröttle: Gewalt gegen Frauen in Partnerschaften, Universität Bielefeld) dass Handlungsbedarf hier nach wie vor erforderlich ist.

- Ganzheitlichkeit: Körperliche, seelische und geistige Faktoren sind bei der Ermittlung von Leidensursachen gleichermaßen zu betrachten. Frauen reagieren spezifisch auf destruktive Lebensbedingungen, z.B. erkranken weltweit Frauen doppelt so häufig an Depressionen als Männer.

„Uns steht es frei, offen zugeben, dass wir andere Frauen brauchen und zugleich, dass wir als autonome Individuen anerkannt werden wollen. Wir sind historisch so weit, uns gegenwärtig auf diesem Weg den Rücken zu stärken“ (Luise Eichenbaum & Suse Orbach).

### BIRGIT LAPP-SCHUMACHER

frauen-treffpunkt.hannover@freenet.de



Aus den Geschichtsbüchern hörten wir schon in der Schule von Kolumbus, Vasco da Gama, Magellan und Captain Cook. Diese Männer segelten über die Meere – oft ins Ungewisse – um neue Welten zu finden. Gemessen wurden ihre Leistungen und ihre Bedeutung oft daran, was sie schwächeren, bzw. ihnen militärisch unterlegenen Völkern an Gold, Gewürzen, Sklaven und reichen Ländereien entrissen. Entdeckung stand als Synonym für Eroberung, Ausbeutung, Raub und Vergewaltigung.

Die Geschichte der weiblichen Entdecker ist uralte. Sie reisten in die Welt, um ihren Visionen zu folgen. Sie reisten und forschten anders als Männer. Von Institutionen wurden sie ignoriert, geschweige denn subventioniert und die Interessen wohlhabender Förderer mussten sie nicht befriedigen. Dies ließ sie freier und unabhängiger sein. Selten ging es bei ihnen um „höher, schneller, weiter“. Dank der zweiten Frauenbewegung konnte Frauenforschung an den Universitäten etabliert werden und dies ermöglicht uns heute einen Blick darauf, welche verschiedenen Wege Frauen eingeschlagen haben, um die patriarchalischen Beschränkungen zu überwinden, neue Entfaltungsmöglichkeiten und Freiräume zu finden.

Was bewegte Frauen dazu, die Sicherheit der Familie und den Komfort der europäischen Zivilisation aufzugeben unbekannte Gewässer zu befahren, schneebedeckte Gipfel zu ersteigen, sich durch glühendheiße Wüsten zu schleppen und malariaverseuchte Gebiete zu durchqueren? Ihre Beweggründe sind vielfältig: der einengenden Häuslichkeit zu entkommen, der Wunsch erregende Abenteuer zu bestehen, zu beweisen dass der Name des Weibes nicht Schwachheit ist, den Heiden Gottes Wort zu bringen, die Pflanzenwelt erforschen, fremde Völker zu studieren, oder ganz einfach zum Vergnügen. Gerade Letzteres und der Wunsch nach Abenteuer war für die europäische Gesellschaft des 19. und 20. Jahrhunderts absolut kein Grund! Für ein aus dem Rahmen fallendes Verhalten forderte sie eine triftige Erklärung. Schließlich entzogen sich diese Frauen ihren Verpflichtungen der Familie gegenüber und nach der gängigen Meinung auch ihrer

# MIT MEHR MUT ALS KLEIDERN IM GEPÄCK

**Frauen als Entdeckerinnen, Forscherinnen und Künstlerinnen im 19. Jahrhundert und schon Jahrhunderte vorher?**



**ENTDECKERIN IM 21. JAHRHUNDERT: ASTRONAUTIN TRACY CALDWELL-DYSON.**

FOTO: CC BY-NC NASA HQ PHOTO VIA FLICKR.COM

„natürlichen“ Bestimmung. Auch Abenteuerlust alleine erklärt nicht warum Frauen die „Zivilisation“ hinter sich ließen und ein Leben des Verzichts, der Strapazen und der Entbehrungen führten. Eher war und ist es unstillbare Neugier auf die Begegnung mit anderen, mit anderen Kulturen und Traditionen. Die Lust immer wieder Neues zu entdecken, auch die Freude am Erfolg, die Genugtuung Schwierigkeiten zu meistern und Hindernisse zu überwinden. Es sind die Abenteuer des Herzens und der Seele die diese Art des Reisens reizvoll und kostbar machen. Und es hinterlässt Spuren.

Teilweise vereinigten sich in einem „reisenden“ Frauenleben drei „Berufe“. Sie waren Entdeckerinnen, Forscherinnen und auch Künstlerinnen. Durch ihre wissenschaftlichen Arbeiten bereicherten sie die Museen und Universitäten Europas. Trotzdem bezeichneten sie sich nie als „Wissenschaftlerinnen“, sondern sahen sich lediglich als bloße Zuträgerinnen. Ihre Talente reichten weit über diese Zuträgerschaft hinaus. Botanikerinnen lieferten ausgezeichnete Illustrationen

noch unbekannter Pflanzen- und Insektenarten. Ihre Hingabe zur Kunst ist offensichtlich, Komposition, Farben und Bilddetails sprechen davon so wie das zeichnerische Können und die Materialauswahl. Mit Präzision und eigener Sichtweise stellten sie fremde Lebensformen dar, die zu sehen und zu erleben, ihnen vergönnt war. In ihren Reisebeschreibungen gaben sie Einblicke in politische Zusammenhänge und die gesellschaftlichen Verhältnisse in ihren Gastgeberländern. Mit viel Mut, Durchsetzungsvermögen und Willensstärke gestalteten sie Veränderungen im gesellschaftlichen und politischen Leben Europas mit. Sie hatten Anteil an der Gründung neuer Wissenschaftsdisziplinen wie z.B. der Geologie, der Paläontologie, der Botanik, der Biologie und der Ethologie.

In regelmäßigen Abständen finden im Frauen-Treffpunkt Hannover e.V. Vorträge zu diesem Themenkreis statt.

**URSEL MENSCHEL**

frauen-treffpunkt.  
hannover@freet.net.de



## GEGEN GEWALT

**„Der richtige Standpunkt: Gegen Gewalt“ - Für ein Leben ohne Gewalt für Frauen und Mädchen. Ausstellung im Frauen-Treffpunkt e.V.**

Gewalt gegen Frauen hat viele Erscheinungsformen. Sie beginnt mit der „alltäglichen Anmacherei“, mit frauenfeindlicher Sprache, Witzen und Beschimpfungen, die wohl jede Frau kennt und die oftmals nicht als Gewalt definiert wird, eben weil sie alltäglich erscheint.

Gewalt beginnt jedoch dort, wo Frauen in ihrer persönlichen Freiheit eingeschränkt werden, etwa dann, wenn sie bestimmte Orte, Wege oder Situationen meiden müssen, um Belästigungen oder Bedrohungen zu entgehen. Erscheinungsformen von Gewalt gegen Frauen sind z.B. sexuelle Belästigung, Demütigung, Beleidigung, Prügel, Bedrohung, soziale Kontrolle, sexuelle Nötigung, Stalking und Vergewaltigung. Mit Gewalt konfrontierte Frauen passen in keine Schublade. Die Betroffenen kommen aus allen sozialen Schichten mit unterschiedlichsten Bildungsniveaus und kulturellen Hintergründen.

Unter dem Motto „Der richtige Standpunkt: Gegen Gewalt“ entwickelte der Bundesverband Frauenberatungsstellen und Frauennotrufe eine bundesweite Kampagne zum Thema Gewalt gegen Frauen.

Ein Teil dieser Kampagne ist diese Ausstellung, zu der alle Frauen herzlich eingeladen sind.

**Eröffnung: Mittwoch, 2. März 2010 um 17.00 Uhr im Frauen-Treffpunkt e.V. Hannover, Jakobstraße 2, 30163 Hannover**

**Tel: 0511/332141**

**info@frauentreffpunkt-hannover.de**

**www.frauentreffpunkt-hannover.de**

Zum Haushalt 2008 wurden auf Initiative der Grünen Ratsfraktion in Hannover erstmals 50.000 Euro eingesetzt, um sechs Rucksackmütter weiterzuqualifizieren und dann auf Basis eines 400-Euro-Jobs als Stadtteilmutter bei Familienzentren zu beschäftigen. Sie sollen ein Bindeglied sein zwischen EinwohnerInnen mit Migrationshintergrund und den Einrichtungen und Diensten vor Ort. Hier wird mit vergleichsweise wenig Geld sehr viel erreicht. In diesem Jahr wird das Programm ausgewertet. Grünes Ziel ist es, weitere Frauen zu Stadtteilmüttern zu qualifizieren und in einigen Jahren an allen Familienzentren Stadtteilmütter zu beschäftigen.

Die Stadtteilmütter erreichen viele Menschen, die sonst nur schwer zu erreichen sind und wir erreichen zusätzlich den Einstieg qualifizierter Frauen mit Migrationshintergrund in gute Beschäftigungsverhältnisse.

Ingrid Wagemann, jugendpolitische Sprecherin der Stadtratsfraktion, sprach mit Stadtteilmutter Hatice Isik:

**Hallo Hatice, wir sitzen im Büro des Familienzentrum Corvinusgemeinde und Sie arbeiten hier in Stöcken als Stadtteilmutter. Können Sie sich kurz vorstellen?**

Ich bin 1970 in der Türkei geboren und nach Deutschland gekommen, als ich vier Jahre alt war. Seit 1974 lebe ich in Stöcken. Ich habe die Realschule und dann eine Ausbildung abgeschlossen und bis 1997 in einem Büro gearbeitet, zuletzt als Datentypistin. Als mein erster Sohn geboren wurde, habe ich halbtags gearbeitet. Im Sommer 1992 habe ich in der Türkei geheiratet und meinen Mann danach hier nach Deutschland geholt. Das war Stress für mich: Er hatte keine Arbeit, konnte kein Deutsch, kannte keinen und nichts. Ich habe alles organisiert: Wohnung, Arbeit, Deutschkurs und alles. Als mein zweites Kind da war, wollte ich im Büro nachmittags arbeiten, weil in der Zeit ja mein Mann zu Hause war. Das hat der Betrieb nicht ermöglicht – deshalb habe ich gekündigt. Das war ein Fehler, weil ich jetzt nicht mehr in den Beruf komme. Vor drei Jahren bin ich zum Arbeitsamt gegangen. Die Kinder sind jetzt alle in der Schule und ich will wieder in meinen Beruf. Ich habe also eine Weiterbildung gemacht und Praktika in ver-

# STADTTEILMÜTTER

Stadtteilmutter Hatice Isik im Gespräch mit Ingrid Wagemann.



**STADTTEILMUTTER HATICE ISIK AN IHREM ARBEITSPLATZ.**

schiedenen Büros. Ich habe viele Bewerbungen geschrieben und immer Ablehnungen bekommen. Manchmal habe ich hinterher angerufen und gefragt, ob sie mich wegen meinem Kopftuch nicht einstellen wollen. Sie sagen immer nein, zwölf Jahre aus dem Beruf heraus, das wäre zu viel. Alle sagen, Frauen sollen arbeiten und ich wollte doch arbeiten. Dann habe ich es aufgegeben. Die anderen Stadtteilmütter sagen, das war ein Fehler.

**Wie ist es dazu gekommen, dass Sie Stadtteilmutter geworden sind?**

Als Rucksackmutter habe ich 2007 die Ausbildung gemacht und danach hier als Honorarkraft in einer Gruppe gearbeitet. Ich wurde gefragt, ob ich die Ausbildung zur Stadtteilmutter machen will, weil ich so gut deutsch kann. Natürlich wollte ich, ich bekomme mehr Geld und es ist eine neue Aufgabe. Am Anfang wusste ich nicht, was ich als Stadtteilmutter machen soll. Aber ein Mini-Job ist besser als gar keine Arbeit. In der Ausbildung haben wir gesehen was alles dazu gehört: Die Menschen dazu bewegen, etwas für sich zu machen und dass die ausländischen Mütter sich raus trauen sollen. Die Ausbilderinnen aus der Volkshochschule sind sehr gut. Ich kann sie immer anmailen, wenn ich etwas brauche. Gerne würde ich noch mehr machen. Ich helfe bei Übersetzungen, bei Briefen, die die Leute nicht verstehen und bin einmal in der

Woche drüben im Stadteilladen. Vor allem die älteren Leute kommen lieber in den Stadteilladen als in das Familienzentrum zur Beratung. Sie sind dann glücklich, dass sie nicht für Übersetzungen und Beratung bis in die Stadt fahren müssen.

**Wie sieht der Alltag einer Stadtteilmutter aus?**

Jetzt bin ich eineinhalb Jahre hier. Ich arbeite 8 Stunden pro Woche. Ich mache zweimal in der Woche die Vorkindergartengruppe mit Müttern und Kindern und einer Heilpädagogin. Bei Elternfrühstücken und Elternabenden bin ich dabei, auch um zu übersetzen. Gerade habe ich ein neues Angebot begonnen: Ich organisiere ein Frauenfrühstück mit Kinderbetreuung und danach Handarbeiten – jede, was sie kann. Dabei wird viel erzählt und ich komme in Kontakt und höre von ihren Schwierigkeiten und sehe, wo ich sie unterstützen kann. Wenn ich nur so im Familienzentrum sitze, kommt keiner zu mir – das ist im Stadteilladen anders. Deshalb denke ich mir immer was aus. Meine Aufgabe ist auch die Bücherei. Dann sitze ich nicht oben in der Bücherei und warte. Ich schlepp die Bücher dann aus der Bücherei in einem Korb nach unten, wo jeder mich sieht und frage auch Eltern, die keine Bücher mitnehmen wollen, warum sie es nicht tun. Die Kinder wollen es – manche Eltern nicht. Ich finde es gut für die Kinder und Familien,

dass ich hier arbeiten kann. Ich bin die einzige Türkin hier und viele Eltern und Kinder sind glücklich, dass ich sie verstehe. Das ist ja eine evangelische Einrichtung und ich bin Muslimin. Ich musste drei Monate warten bis ich meinen Vertrag bekommen habe, obwohl die Gemeinde das Geld für meine Arbeit ja von der Stadt bekommt. Ich finde das traurig.

**Was macht Ihnen besonders viel Spaß – was ist nicht so gut?**

Gut finde ich, wenn es abwechslungsreich ist, was ich mache. Wenn ich jemanden zum Anwalt begleite, rausgehe... Gestern rief jemand an und hatte seine Bankkarte verloren und hat um Hilfe gebeten, sie zu sperren. Es gibt noch viele hier, die gar kein Deutsch können – leider. Da sage ich ihnen auch, sie müssen mehr machen. Die Deutschkurse sind aber zu schwer. Sie brauchen etwas für den Alltag, beim Einkaufen und beim Arzt. Das wollte ich auch mal anbieten, wie bei Spokusa in der Nordstadt, da macht eine Freundin von mir ein Erzählcafé und meine Schwester Kinderbetreuung. Aber die Leiterin hier hat gesagt, hier gäbe es so viele Deutsch-Angebote, das machen wir nicht.

**... und zum Schluss...**

Ich glaube, der Wunsch aller Stadtteilmütter ist, mehr Stunden zu haben und einen festen Vertrag. Aber den kriegen wir wohl bald. Mein Traum wäre eine Anstellung bei der Stadt, um auch dort mehr für MigrantInnen zu tun. Ich bin immer stolz, wenn ich da türkische Namen lese zum Beispiel „Arzu Altug“ und auch viele andere, auch in der Politik oder Wirtschaft. Ich finde das so schön weil ich denke, dass Türken wirklich auch mehr können und machen. Wo es doch immer heißt: die Ausländer (die Türken)...

Ich möchte auch einfach mehr verdienen. Wir haben drei Kinder und eine 3-Zimmer-Wohnung mit 69 qm. Das ist laut und anstrengend und zu eng. Mein Mann arbeitet als Leiharbeiter, wo er für seine Arbeit zu wenig Geld bekommt... Aber ich will nicht raus aus Stöcken und hier verstehen wir uns gut.

**INGRID WAGEMANN**

ingrid.wagemann@hannover-rat.de



Frauen waren und sind präsent als Moderatorinnen und Mitarbeiterinnen bei radio flora, aber nicht alle von ihnen mit einem Genderbewusstsein oder gar feministischen Positionen.

Es gibt seit dem Sendestart 1997 das Frauenmagazin „Floretta“, das einmal pro Monat sendet und einen Genderstandpunkt vertritt.

## 8. MÄRZ

In den Jahren 1998 bis 2000 haben am 8. März bei radio flora Frauen den Radiobetrieb komplett übernommen und ausschließlich Sendungen ausgestrahlt, die einen Bezug zum Internationalen Frauentag hatten. In den Folgejahren gab es immer auch ein Sonderprogramm zum Internationalen Frauentag, aber der gesamte Tag wurde nicht mehr nur von Frauen gestaltet. Dennoch sind bis zum März 2009 interessante Sendungen gemacht worden, meist mit Beteiligung von Frauen aus verschiedenen Ländern und zum Teil mit Live-Schaltungen nach Spanien und Polen. Thematisiert wurden die Geschichte des 8. März, die heutigen Lebens- und Arbeitsbedingungen von Frauen in verschiedenen Ländern sowie spezifische Probleme wie Gewalt gegen Frauen, Frauenhandel oder Heteronormativität.

Die Initiative zu den 8.-März-Sendungen ging zumeist von den Frauen der spanischsprachigen „Buena Onda“ und des Sendeplatzes „Polenflug“ aus, denn in beiden Programmen hatten die Frauen ein großes Gewicht. Seitdem radio flora die UKW-Lizenz verloren hat und nur noch im Internet sendet, ist die Frauenpräsenz etwas zurückgegangen. Allerdings gab es auch am 8. März 2010 sowie am 25. November 2009 und 2010 – und nicht nur dann – feministische Programme. Im Januar 2011 wurde ein Internationaler Frauensendeplatz etabliert, der einmal im Monat auf Sendung geht.

## AMARC - WELTVERBAND FREIER RADIOS

Eine herausragende Veranstaltung war ein europaweites AMARC-Frauentreffen bei radio flora in Hannover im März 1999. Ziel war das gegenseitige Kennenlernen und Vernetzen von Frauen in community-Radios.

# FRAUEN BEI RADIO FLORA

Von Mechthild Dortmund, Mitbegründerin von Radio Flora.



## AMARC-TREFFEN IM VERGANGENEN JAHR.

Aus England, Norwegen, Georgien, Katalonien, Österreich, der Schweiz und Deutschland kamen „radioaktive“ Frauen zusammen, um Erfahrungen auszutauschen und gemeinsame Aktivitäten zu planen.

Ein wundervolles konkretes Projekt bestand in der Kooperation je zweier freier Sender zwecks Erstellung eines gemeinsamen Radiobeitrages. Unter dem Motto „Frauen nehmen die Mikrofone“ entstanden so insgesamt acht Beiträge zu den Themen: Frauen und Migration; Frauen in der Arbeitswelt und Gewalt gegen Frauen. Die Beiträge erschienen alle auf einer CD, zusammen mit einem Booklet, das die Transkription aller Beiträge und deren Übersetzung in drei Sprachen enthielt (Englisch, Spanisch, Deutsch).

Nach diesem Projekt gab es nur lose Kontakte zu AMARC Europa, bis im Oktober 2008 in Madrid wieder einer AMARC-Frauen-Radio-Konferenz stattfand, an der radio flora beteiligt war. Seitdem gibt es eine kontinuierliche Verbindung zum Frauennetzwerk „Nosotras en el mundo“ (Wir Frauen der Welt) von Radio Vallekas, Madrid, und Kontakt zu Radio-Frauen in Lateinamerika, die ebenfalls in diesem Netzwerk mitarbeiten. Vom 24. bis 26. Februar 2011 werden zwei Kolleginnen von radio flora an der AMARC-Konferenz in Dublin teilnehmen.

## INTERKONEXIONES

Das Netzwerk IKX entstand 1992 als ein Projekt von Radio Dreyeckland Freiburg mit dem Ziel, der eurozentristischen Berichterstattung in den mainstream-Medien eine andere Form der Information und Kommunikation entgegenzusetzen, basierend auf dem gleichberechtigten Austausch nicht-kommerzieller Radios in den Ländern des Nordens und des Südens. 1994 bildete sich das Netzwerk IKX-Frauen und es fanden regelmäßige internationale Treffen statt, um den Austausch von Radioprogrammen und Standpunkten zu gewährleisten, so 1999 in Barcelona, im Jahr 2000 in Hannover (von einer radio-flora-Frau organisiert), 2001 in Hamburg und 2003 zum bisher letzten Mal in Wien.

Für November 2011 bzw. März 2012 ist geplant, erneut ein internationales Frauen-Radio-Treffen in Hannover durchzuführen. Der Kontakt mit AMARC-Frauen sowie Frauen aus freien Radios in Deutschland, der Schweiz und Österreich sowie einigen lateinamerikanischen Ländern besteht bereits. Von großem Interesse wäre die Kontaktaufnahme mit Radio-Frauen aus Polen und anderen Ländern Osteuropas.

**MECHTHILD DORTMUND**  
postbox@radioflora.de



## BESONDERE ORTE

**Die Region aus Grüner Sicht kennen lernen. Die Veranstaltungsreihe "Besondere Orte - Besondere Besuche" des Grünen Regionsverbands wird fortgesetzt.**

In der Region Hannover finden sich viele besondere Orte, die kennen zu lernen sich lohnt. Mit der Veranstaltungsreihe "Besondere Orte - Besondere Besuche" möchte der Grüne Regionsverband Interesse für diese Orte wecken und interessierten BürgerInnen einen Einblick ermöglichen. 2010 wurden unter anderem das Besucherbergwerk Barsinghausen und die Baustelle des neuen Siloah-Krankenhauses besichtigt. In diesem Jahr wird die Reihe fortgesetzt.

Die nächsten Termine sind:

Samstag, 26.02.2011, 14:00 Uhr: **Besuch auf dem Hemme-Hof** mit Christian Meyer, MdL, und Ulrike Witte, Regionsvorstand.

Dienstag, 08.03.2011, 18:30 Uhr: **Tanz durch das Hannoversche Labyrinth**. Nur für Frauen. Mit Ulrike Witte und Brigitte Deyda, Regionsvorstand.

Freitag, 25.03.2011, 16:00 Uhr: **Besuch Polnische Katholische Mission in Hannover** mit Adam Schlüssler (Sprecher der Grünen LAG Demokratie und Recht) und Pfarrer Tadeusz Kluba.

Dienstag, 29.03.2011, 14:00 Uhr: **Einblicke, Einsichten, Erkenntnisse - Zu Besuch im Jobcenter Hannover** mit Brigitte Pothmer, arbeitsmarktpolitische Sprecherin der Grünen Bundestagsfraktion.

Freitag, 01.04.2011, 14:00 Uhr: **Rundgang über den Lindener Berg zur Scilla-Blüte** mit Jonny Peter.

Freitag, 06.05.2011, 15:00 Uhr: **Besichtigung der AWD-Arena** mit Mark Bindert, Grüne Ratsfraktion.

Informationen zu Anmeldung und Treffpunkten sind unter [www.gruene-hannover.de](http://www.gruene-hannover.de) zu finden.

2007 bekam die hannoversche Innenstadt von ihren Kindern die Note „fünf plus“. Eine Untersuchung im Rahmen eines Beteiligungsprozesses vom Verein JANUN mit neun- bis elfjährigen Kindern in den Sommerferien.

Die Kinder testeten die Aufenthaltsqualität, die die City für sie und ihresgleichen hat. Aber auch ihre Schönheit aus Kindersicht – ihre Einschätzung war differenziert und ihre Vorschläge für Verbesserungen waren realisierbar.

Es ist notwendig, lebendige und konkrete Formen der Beteiligung weiter zu entwickeln, um Menschen – Kinder wie Erwachsene – in einem demokratischen Prozess einzubeziehen, um Wertschätzung, Verantwortung und Verbindlichkeit im Gemeinwesen zu erleben, zu erlernen und zu befördern. Die Integration des Einzelnen in die Gemeinschaft und die Qualität unserer Demokratie hängt davon ab, ob den Entscheiderinnen und Entscheidern, den gewählten Vertreterinnen und Vertretern diese Bezugnahme gelingt.

Familien erwarten von der Stadtgesellschaft, das ihnen das Leben mit Kindern erleichtert und ihre Interessen und Bedürfnisse wichtig genommen werden. Die wachsenden Geburtenzahlen in unserer Stadt zeigen, dass wir erfolgreich Politik für Kinder und Familien machen. Der bisherige Prozess zu City 2020 hat gezeigt, wie groß das Interesse sein kann, wenn man einen Diskurs ernsthaft will und die Bedeutung von Beteiligung hoch einschätzt. Das Ergebnis war neben den sehr gut besuchten Veranstaltungen eine breite Öffentlichkeit in den Medien.

Wer ist nun Fachmann oder Fachfrau? Neben ArchitektInnen und PlanerInnen auch diejenigen, die etwas wissen darüber, was Menschen in einer Innenstadt wollen und brauchen, wie sie sich bewegen, wie sie wohnen und sich aufhalten möchten. - Und natürlich jeder Mensch in eigener Sache und in seinem Kontext. „Das transdisziplinäre Team ist die Fachgruppe der Zukunft und Partizipation eine essentielle planerische Voraussetzung“, wissen Planerinnen und Planer heute. „Es gibt fast keine Spielmöglichkeiten. Da sind nur Kaufhäuser, in die die Erwachsenen reingehen.... Kinder können eigentlich gar nichts machen.“ Ein Fazit der Aus-

# CITY 2020 MIT KINDERN UND JUGENDLICHEN

Von **Ingrid Wagemann**, jugendpolitische Sprecherin der Grünen Ratsfraktion Hannover.



**SKATEN IN DER INNENSTADT.** FOTO: CC BY-NC-SA JULIO CODESAL VIA FLICKR.COM

wertungsgruppe Innenstadt von Marielle Schmitt (9 Jahre). Alvaro del Castillo (10 Jahre) vermisst Grün und Bäume. Und weiter aus der Gruppe: „Wir finden, dass der Maschsee kinderfreundlich ist, denn hier gibt es viele Angebote. Man kann zum Beispiel Eis essen, ins Maschseestrandbad gehen, einen Segelschein machen, Tretboot fahren und mit Inlinern, Fahrrad oder Roller um den See fahren. Leider gibt es auch Kritik, zum Beispiel, dass das Eis sehr teuer ist.“

Wir haben ausreichend Beispiele erlebt, was passiert, wenn bei Planungen und Gestaltungen nicht an die zukünftigen Nutzerinnen und Nutzer gedacht wird. Der „Schmuckplatz“ Rathenauplatz zieht nicht nur Kunden der Kaufhäuser oder Bänker in der Mittagspause an, sondern auch Jugendliche mit ihren unterschiedlichsten kulturellen Aktivitäten (die auch vorher schon diesen Platz nutzen, die aber nicht in die Planung einbezogen waren und an die auch offensichtlich

keiner der Planer gedacht hat.) Teure Steine auf dem Küchengartenplatz sind nicht nur schön und edel, sondern auch ein prima Untergrund für Skaterinnen und Skater... All diese Interessen sind legitim. Je mehr wir darüber wissen und die Gruppen beteiligen, um so besser wird eine Innenstadtplanung sein, um so besser können alle Beteiligten mit Nutzungskonflikten umgehen und kreative Lösungen finden.

Die Qualität einer Innenstadt von Morgen zeichnet sich dadurch aus, dass sie bestechend kreativ, erstaunlich jung, vielleicht manchmal sehr pragmatisch, gleichzeitig überraschend in ihren Unterschiedlichkeiten und nie ganz fertig ist. Eine Innenstadt, die die unterschiedlichsten Menschen nicht nur annehmen, sondern mit der sie sich identifizieren, in der sie leben und die sie weiterformen.

**INGRID WAGEMANN**

ingrid.wagemann@hannover-rat.de



## LISTEN UND PROGRAMME

**Am 12. und 26. März finden die Mitgliederversammlungen des Regions- und Stadtverbands zur Kommunalwahl 2011 statt.**

Am Samstag, den 12. März, tritt ab 10:30 Uhr die Mitgliederversammlung des Regionsverbands zusammen. Schwerpunkte der Versammlung sind die Verabschiedung des Kommunalwahlprogramms für die Region Hannover und die Wahl der KandidatInnen für die Regionsversammlung.

Die Mitgliederversammlung tagt im Gemeindehaus der Pauluskirche in der Meterstraße 37 in Hannover.

Änderungsanträge und Bewerbungen, die die Geschäftsstelle des Regionsverbands bis spätestens Montag, den 28. Februar um 10:00 Uhr erreichen (per E-Mail an [region@gruene-hannover.de](mailto:region@gruene-hannover.de)), werden in der zweiten Aussendung zur Mitgliederversammlung berücksichtigt.

Alle weiteren Änderungsanträge zum Wahlprogramm sollen der Geschäftsstelle bis spätestens Donnerstag, den 10. März um 10:00 Uhr zugehen, damit sie auf der Versammlung als Tischvorlage zur Verfügung stehen.

Zwei Wochen später, am Samstag, den 26. März, verabschiedet der Grüne Stadtverband Hannover das Programm für die Kommunalwahl 2011 und stellt die KandidatInnen für den Stadtrat auf. Die Mitgliederversammlung findet ab 10:00 Uhr in der Üstra-Remise in der Goethestraße 19 in Hannover statt.

Bewerbungen, die mit der Einladung verschickt werden sollen, müssen bis zum 28. Februar an [stadt@gruene-hannover.de](mailto:stadt@gruene-hannover.de) geschickt werden. An diesem Tag wird die schriftliche Einladung mit dem Programmwurf und den bis dahin eingegangenen Bewerbungen an alle wahlberechtigten Mitglieder des Stadtverbands versandt.

Zugegeben, als langjährige Mitarbeiterin von Radio Flora, die bis zum letzten Moment um den Erhalt der Frequenz mitgekämpft hat, fällt es mir nicht leicht, ohne große Emotionen und persönliche Betroffenheit zu schreiben. Ob es mir gelingt, objektiv Stellung zu nehmen, lasse ich Euch entscheiden.

Aus Grüner Sicht können wir aus trotz vieler positiver Erfolge wie den Protesten gegen die Castortransporte, den Landtagsneubau in Hannover, der Massentierhaltung oder Stuttgart 21 nicht über eine wachsende BürgerInnen-Beteiligung an politischen und gesellschaftlichen Prozessen erfreuen. Im Gegenteil, immer mehr Bevölkerungsgruppen verweigern den Gang zu den Wahlurnen, zeigen Desinteresse oder werden durch mangelnde rechtliche Grundlagen (Staatsangehörigkeit außerhalb der EU-Länder) an der Teilhabe an den demokratischen Prozessen gehindert. Umso wichtiger ist es, eine Plattform für Freiheit, Information und Vielfalt bereit zu stellen, die von Bürgerinnen und Bürgern genutzt wird, um Partizipation (ob politisch, sozial oder kulturell) zu ermöglichen, Beteiligung zu fordern und zu fördern. Diese Aufgaben wurden von der Niedersächsischen Landesmedienanstalt dem Bürgerradio LeineHertz106einhalb zugeteilt, mit dem Ziel, im Programm eine adäquate Alternative zu den öffentlich-rechtlichen und privaten Sendern zu schaffen, denjenigen eine Stimme zu geben, die sonst nicht gehört werden und einen Bezug zu den interessanten Lebensaktivitäten und Lebensarten in der Region Hannover herzustellen.

Nach einundeinhalb Jahren Sendezeit von LeineHertz106einhalb kam nun die Ankündigung, die Musikfarbe des Senders zu verändern und damit zu einem Plagiat der Privatsender zu werden. Zitat aus dem Programm: „Die besten Songs für die Region Hannover...“ oder „Egal ob Sie noch im Bett liegen oder schon den ersten Kaffee schlürfen: mit der Christian Schmidt Show starten Sie garantiert gut in den Tag.“ Es war an der Zeit, dass in einer Podiumsdiskussion mit den Verantwortlichen und den Kritikerinnen und Kritikern auf Einladung von Enno Hagenah (MdL) und dem Stadtverband

# BASISREVOLUTION FÜR LEINEHERTZ?

Ein BürgerInnenradio unter Quotendruck. Wo soll das hinführen?



**RADIOVIELFALT. IN ZUKUNFT BEI LEINEHERTZ MANGELWARE?**

FOTO: CC BY-NC-SA PIGPOGM VIA FLICKR.COM

von Bündnis 90 / Die Grünen die Grundsätze und Rahmenbedingungen eines BürgerInnenradios diskutiert wurden.

Zur Veränderung der Musikausrichtung hörten wir vom Geschäftsführer des Radios, Markus Mayer, dass „der Hörer“ (wer auch immer damit gemeint ist) aus der Region Hannover durch bekannte Songs, den so genannten Mainstream, an positive Erlebnisse erinnert (hoffentlich war niemand unglücklich verliebt) und dadurch animiert wird, die Wortbeiträge im Programm anzuhören und sich deshalb für LeineHertz106einhalb und nicht für andere Sender entscheidet. In diesem Moment dachte ich: „Hallo?! Das haben wir doch schon mal in den „letzten Tagen“ von Radio Flora auf 106.5 Mhz gehört... das kenne ich.“

Leider hat das wenig mit den Grundsätzen eines BürgerInnenradios gemeinsam, welches vor allem kulturelle Vielfalt, regionalen Bezug wie auch innovativen Charakter vermitteln soll. Auch die Anmerkungen der Radiomacherinnen und Radiomacher von LeineHertz106einhalb, dass sie in die Diskussion über die Musikausrichtung nicht einbezogen wurden, unterstrich die Meinung von Podiumsteilnehmer und Gastgeber Christoph Sure (Pavillon), dass es scheinbar interne Kommunikationsprobleme gäbe und Entscheidungsstrukturen nicht gut zu funktionieren scheinen. Von einer echten Partizipation kann in diesem Zusammenhang nicht

gesprochen werden. Mehrmals an diesem Abend meldeten sich Mitgestalterinnen und Mitgestalter des Radios mit der Botschaft zu Wort, nicht ausreichend in die Entscheidungen der Geschäftsführung einbezogen worden zu sein. Auch die Versuche von Tobias Glavion (Chefredakteur ev. Kirchenfunk und Mitglied der Programmkonferenz), die Aufgabe des Senders für die Region zu definieren, fand wenig Beifall im Publikum. Das Thema der Diskussion, was ein BürgerInnenradio ausmacht, wurde am Beispiel von LeineHertz106einhalb trotzdem nicht verfehlt, weil deutlich wurde, welche Veränderungen notwendig wären, um überhaupt als BürgerInnenradio zu gelten. Herr Mayer täte eine kritische Analyse seiner Rolle und seiner Konzeption wahrscheinlich gut. Trotz der vielen ehemaligen und aktuellen „Floragesichter“ im Publikum, gab es keine Exkursionen in die Vergangenheit zu Radio Flora (was mir persönlich sehr schwer fiel!). Den Satz: „Diese Entwicklung haben wir befürchtet!“ hätte ich sehr gerne laut geäußert. In diesem Punkt hoffe ich, nicht Recht zu haben und wünsche allen Ehrenamtlichen bei LeineHertz106einhalb viel Kraft und Elan bei der Arbeit. Übrigens, Radio Flora könnt Ihr im Internet unter [www.radioflora.de](http://www.radioflora.de) weltweit hören.

**DOROTA SZYMANSKA**

szymanska@  
gruene-hannover.de



## KANDIDIERE FÜR GRÜN!

**Auch wer auf einem hinteren Listenplatz kandidiert, unterstützt damit GRÜN!**

Im März werden sowohl die Listen für die Regionsversammlung (12. März) als auch für den Stadtrat der Landeshauptstadt Hannover (26. März) aufgestellt. Dabei ist nicht nur die Besetzung der aussichtsreichen Listenplätze von Bedeutung, sondern jeweils die gesamte Liste.

Mit einer so genannten „Zählkandidatur“ kann jede und jeder Wahlberechtigte GRÜN durch ihren bzw. seinen Namen unterstützen. Jeder Name auf den Wahllisten ist ein wichtiger Beitrag für mehr GRÜN im Rat und in der Regionsversammlung.

In der Region Hannover gibt es für die Regionsversammlung 14 Wahlkreise mit jeweils neun Listenplätzen, für den Stadtrat Hannover gibt es 14 Wahlkreise mit ebenfalls neun Listenplätzen. Dies sind insgesamt 252 Plätze, hinzu kommen die Räte der Umlandkommunen, sowie die Orts- und Bezirksräte. Doppelkandidaturen sind möglich, das heißt, eine Person kann gleichzeitig für die Regionsversammlung als auch für den Rat kandidieren.

Wer kandidieren möchte, muss am Wahltag, den 11. September 2011, über 18 Jahre alt sein, seit mindestens sechs Monaten in seiner Kommune gemeldet sein und Staatsangehörige/r eines Mitgliedsstaates der Europäischen Union sein.

HannoveranerInnen, die Interesse an einer Kandidatur haben, melden sich bitte in der Geschäftsstelle des Grünen Stadtverbandes Hannover (0511-323314 oder [stadt@gruene-hannover.de](mailto:stadt@gruene-hannover.de)). Interessierte im hannoverschen Umland können sich direkt an ihren Ortsverband oder an die Geschäftsstelle des Regionalverbands (0511-3008866 oder [region@gruene-hannover.de](mailto:region@gruene-hannover.de)) wenden.



## AUS DEM BUNDESTAG

### SCHWARZ-GELBE BLOCKADE BEI HARTZ IV: FÜR BANKEN HUI – FÜR ARME PFUI!

Die nächtelangen Verhandlungen zu Hartz IV haben mir auch persönlich die Erfahrung beschert: Mit dieser ideologisch verbohnten FDP ist kein Staat zu machen. Schwarz-Gelb legt es darauf an, die soziale Spaltung der Gesellschaft weiter zu verschärfen. Bundeskanzlerin Merkel hat dazu ihren Segen gegeben. Für den Koalitionsfrieden opfert sie das Wohl der Kinder, der Arbeitsuchenden und der Geringverdienenden.

Das Scheitern des Vermittlungsverfahrens war kalt einkalkuliert. Die Süddeutsche Zeitung nannte das „pflichtvergessen“: „Die Anstrengung, die die Bundesregierung den Banken gewidmet hat, wurde den Armen verweigert.“ Wir Grüne haben uns mit der SPD für verfassungskonforme existenzsichernde Regelsätze und für Mindestlöhne und Equal Pay in der Zeitarbeit sowie für ein echtes Bildungspaket unter der Regie der Kommunen eingesetzt.

Unsere grüne Verhandlungslinie war: In allen Bereichen muss es zu Verbesserungen kommen, denn es geht um Gerechtigkeit und Teilhabe. Weil im Verhandlungsprozess die Mogelpackungen von Union und FDP schnell aufgefliegen sind, hat die Regierungsseite versucht, den Ländern einen Kuhhandel anzubieten: Mehr Geld für die Kommunen bei Verzicht auf ausreichende Regelsätze. Dieser Versuch, sich die Zustimmung zu erkaufen, ist gescheitert. Jetzt hat der Bundesrat das Vermittlungsverfahren neu gestartet; Ende bei Redaktionsschluss offen.

### GRÜN PUR: DAS MINDESTLOHNGESETZ

Im Februar wurde unser grüner Mindestlohngesetzentwurf im Bundestag debattiert. Deutschland ist abgehängt: In 20 EU-Ländern gibt es einen gesetzlichen Mindestlohn, in weiteren sechs gibt es gleichwirkende Regelungen. Nur in Deutschland werden Beschäftigte bislang flächendeckend vor Lohndumping geschützt. Mit der Folge, dass der Niedriglohnsektor in den vergangenen 10 Jahren dramatisch gewachsen ist. Spätestens

jetzt – kurz vor der vollen Arbeitnehmerfreizügigkeit – wäre es aber höchste Zeit für Mindestlöhne. Sie müssen für alle Beschäftigten, egal ob aus dem Inland oder aus dem Ausland, gelten. Unser Mindestlohngesetz sieht eine Kommission nach britischem Vorbild vor, die einen allgemeinen flächendeckenden Mindestlohn festlegt. Der darf 7,50 Euro nicht unterschreiten, mehr ist selbstverständlich möglich.

Zudem wird durch die Aufnahme aller Branchen in das Arbeitnehmer-Entsendegesetz die Einführung von Branchen-Mindestlöhnen ermöglicht, die immer über dem allgemeinen Mindestlohn liegen müssen. So wird ein Rahmen für faire Löhne und fairen Wettbewerb geschaffen.

### OHNE KLARHEIT: DAS AFGHANISTAN MANDAT

Die schrittweise Übergabe der Verantwortung an die afghanische Regierung bis 2014 ist international vereinbart worden. Auch die Bundesregierung hat sich zu diesem Beschluss bekannt, ohne ihn jedoch zu präzisieren. So bleibt weiterhin unklar, wann und wo mit einem Abzug der Bundeswehr begonnen werden soll. Zudem hat die Bundesregierung keine auf Dauer angelegte zivile Aufbaustrategie vorgelegt. Die ISAF-Strategie der offensiven Aufstandsbekämpfung, an der sich auch die Bundeswehr beteiligt, verspielt die Unterstützung in der Bevölkerung, ist militärisch nicht erfolgreich und kostet zahlreiche Menschenleben.

Aus diesen Gründen habe ich der Mandats-Verlängerung nicht zugestimmt. Da ich aber kein Signal für einen verantwortungslosen sofortigen Abzug geben wollte, habe ich mich enthalten. Statt offensiver Kriegsführung brauchen wir konkrete Abzugspläne, eine entwicklungspolitische Agenda für den Aufbau und einen zivilen Friedensbildungsprozess, der über das Jahr 2014 hinausgeht.

**BRIGITTE POTHMER**  
brigitte.pothmer@bundestag.de  
Tel.: 030 227-74527



# MANNIGFALTIG

Durch Selbstbehauptung soziale Kompetenz für Jungen stärken.



### ROBERT SMITH WUSSTE SCHON VOR 30 JAHREN, DASS DIESE BEHAUPTUNG NICHT STIMMT.

FOTO: CC BY-NC-SA AFFENDADDY VIA FLICKR.COM

Klar, dass anlässlich einer Ausgabe von Lila Seiten zum 100sten Frauentag Frauenpower und Gleichstellung einen großen Raum einnehmen – und das ist auch gut so! Die aktuellen Diskussionen über den geringeren Bildungserfolg von Jungen und die Gewaltproblematik bei Männern (in erster Linie als Täter, in zweiter Linie als Opfer von Männergewalt) oder der Wunsch vieler Väter mehr für ihre Kinder da sein zu wollen, stellen uns vor zwei Herausforderungen: Die geschlechtsspezifische Situation von Jungen müssen in einer zukünftigen Gleichstellungspolitik stärker thematisiert werden. Zum anderen müssen Männer sich mit den neuen Rollenanforderungen auseinandersetzen. Der Verein „mannigfaltig e.V.“ hat im laufenden Jahr aufgrund eines Haushaltsbeschlusses mehr Geld zur Verfügung, um sein Angebot für Jungen und Männer zu stabilisieren und auszuweiten. Wir haben die Einrichtung besucht und uns mit Christoph Grote von mannigfaltig e.V. unterhalten. Neben einem für Jungen und Männer parteilichen Beratungs- und Bildungsangebot, auch für Gruppen und Schulklassen, der Fort- und Weiterbildung für Fachleute und der Väterarbeit, ist eines der zentralen Aufgabenfelder die Durchführung von Selbstbehauptungskursen für Jungen. Das Ziel der Selbstbehauptung wird dabei bewusst einem defizitorientierten Blick entgegen gesetzt. Dieser äußert sich häufig darin, dass Jungen dann in den Blick genommen werden und Zuwendung bekommen, wenn sie sich offensiv bis grenzverletzend zeigen. Aber was ist mit den „leisen“ Jungen? In einem solchen Kurs werden an alltäglichen Beispielen Einstellungen, Rituale, Verhaltensweisen im Hinblick auf ihre identitätsstiftende Kraft für das „Mannsein“ reflektiert (muss

es beim Pausenfußballspiel einen Gewinner geben und wenn ja, wie wird mit dem Verlierer umgegangen?). Thematisch spielt der Umgang mit Ängsten oder mit Konflikten eine große Rolle. Dabei geht es vor allem darum, Gefühle zu zeigen, sich selbst wahrzunehmen und einen alternativen Zugang zu Situationen und zu Handlungsstrategien zu finden. Selbstbehauptung offenbart sich damit im Kern als soziale Kompetenz. So kann es beispielsweise eine annehmbare, aber gar nicht selbstverständliche Konfliktlösung sein, einer größeren aggressiven Jungengruppe auf der Strasse einfach aus dem Wege zu gehen.

Durch das Grüne Männermanifest gibt es seit einer Weile einen politischen Aufbruch, Gleichstellungspolitik von der Männerseite aus zu definieren, indem ein alternatives Selbstverständnis vom Mannsein nach außen dokumentiert wird. Sowohl bei mannigfaltig, als auch im Männermanifest wird deutlich, dass auch Jungen und Männer unter unserer patriarchalen Gesellschaft und den damit verbundenen Rollenvorgaben leiden. Dies und die Verunsicherung von Männern durch sich auflösende Rollenverteilungen und Stereotype zeigen, dass der gesellschaftliche Umbau für alle Beteiligten – Frauen und Männer – nicht einfach ist und zukünftig noch intensiver begleitet werden muss. Dafür brauchen wir parteilichen Beistand auf beiden Seiten. mannigfaltig e.V. leistet genau das für Jungen und Männer und verfolgt dabei das Ziel einer gleichberechtigten, geschlechter-sensiblen Gesellschaft. Weitere Infos unter [www.mannigfaltig.de](http://www.mannigfaltig.de) oder 0511 – 458 21 62

**MAARET WESTPHEL**  
maaret.westphely@hannover-rat.de



# HANNOVERS REGENBÖGEN

## Ein Blick auf die lesbische und schwule Szene in Hannover.

Eigentlich wollte ich nicht nach Hannover“, singt Bernd Begemann in seinem gleichnamigen Lied und schließt sich damit einer breiten Masse an – denn tatsächlich hat Hannover den Ruf einer farb- und trostlosen Stadt.

Doch hinter den grauen Fassaden der Landeshauptstadt geht es bunt her.

Galt Hannover im Vergleich zu homosexuellen Hochburgen wie Köln und Hamburg bislang noch als verstaubt und rückständig, scheint die Schwulen- und Lesbenszene immer größer zu werden. So kann die frauenliebende Hannoveranerin inzwischen einmal im Monat das „Cinemaxx“ im Rahmen der „L-Night“ für sich beschlagnehmen und bei Popcorn oder Tacos einen Film mit lesbischem Inhalt schauen und der queere Hannoveraner im „Martinos“ Cocktails schlürfen und verschiedenste Live-Acts wie GoGo-Boys und Travestiekünstler begutachten. Richtig bunt wird es aber erst, wenn beide zusammen im „Famous“, im „Fever“, in der „Schwulen Sau“ oder bei der „Freistil“-Party in der „Faust“ zusammen ihr Leben und ihre Sexualität feiern. Auch die „Perlen“, ein internationales schwul/lesbisches Fimfestival, haben sich zu einer festen Größe im hannoverschen Kulturkalender aufgeschwungen. Im kommenden Herbst werden bereits zum 15. Mal preisgekrönte Filmjuwelen und hochkarätige Szenegäste den Weg ins Künstlerhaus finden und damit zahlreiche Cineasten jedweder Orientierung anlocken.

Doch weil auch Homosexuelle nicht den ganzen Tag feiern oder im Kino sitzen können, bietet Hannover auch in vielen anderen Bereichen einiges für die Schwulen- und Lesbenwelt. Neben dem schwul-lesbischem Sportverein „SLSLeinebagger Hannover e.V.“ in der Südstadt gibt es zahlreiche Stammtische und Gruppen, etwa im „Knackpunkt“ in der Knochenhauerstraße, die sich allesamt mit dem bunten Hannover und vor allem mit den bunten Hannoveranern

und Hannoveranern beschäftigen. Nur 130 Meter weiter südlich koordinieren viele homosexuelle Verbände ihre Aktivitäten in einem Fachwerkhaus im Schatten der Marktkirche. Das „Café Konrad“ bietet beispielsweise schwulen Vätern, lesbischen Paaren oder dem Völklinger Kreis (dem Berufsverband schwuler Führungskräfte) die Möglichkeit zur Vernetzung und zum Erfahrungsaustausch.

Doch auch wenn diese zahlreichen Angebote für eine starke Homosexuellen-Szene sprechen, sind wir noch weit von einem toleranten Hannover entfernt. Angebote in der kulturellen Nische sind ein gesellschaftliches Zugeständnis – die Gleichberechtigung im Alltag steht auf einem anderen Blatt Papier.

Ich habe die Hoffnung, dass „Brokeback Mountain“ bald nicht mehr alleine unter 2000 typisch heterosexuellen „Barbie-sucht-Ken-aber-Ken-mag-lieber-Dolly“-Filmen in unseren Videotheken sein wird, dass die wenigen „Ken-liebt-Ken“- und „Barbie-sucht-Barbie“-Filme bald nicht mehr im „Special-Interest“-Regal bei Saturn verstauben müssen und dass wir bunten HannoveranerInnen bald Hand in Hand durch Hannover gehen können ohne schief angeguckt zu werden.

Doch das ist nur möglich, wenn wir Lesben, Schwule, Bisexuelle, Genderqueere, Transsexuelle und alle anderen bunten HannoveranerInnen uns zeigen, beispielsweise auf dem „Christopher Street Day“, der am 28.08.2010 erst das zweite Mal bei uns stattfand, oder beim „Hannover Pride“, der dieses Jahr für den 12. Juni angesetzt ist.

Seid stolz auf Euch, geht raus und zeigt Bernd Begemann, wie bunt Hannover wirklich ist. Nur wer präsent ist, wird akzeptiert.

**CAROLIN LANGE**  
carolin.lange@  
yahoo.de



## AUS DEM LANDTAG

### DOPPELTER ABITURJAHRGANG 2011

Als Laura und Jan kurz vor der Jahrtausendwende eingeschult wurden, dürften die beiden Musterschüler kaum geahnt haben, dass sie eines Tages zu den Verlierern schwarzer Bildungsideologie in Niedersachsen gehören würden: Nach der Grundschule durchliefen sie zunächst die verkürzte Orientierungsstufe. Weil Laura und Jan das Glück hatten, in bildungsnahe und finanziell besser gestellte Familien hineingeboren worden zu sein, folgte das Gymnasium. Natürlich inzwischen verkürzt auf 8 Jahre, da es nun mal schnell gehen muss, wenn die Ideologie des Wettbewerbs herrscht. Laura und Jan sind also die ersten G8ler – sozusagen die Versuchskaninchen: Nachmittagsunterricht ohne vorheriges Mittagessen, viel zu große Klassen, nur unzureichend entrümpelte Lehrpläne, Stress pur im Gymnasium.

Mit vielen Anstrengungen und weil die Eltern ihnen Nachhilfe bezahlen konnten, klappt zum Glück doch noch alles: 2011 Abitur. Und dann?

### ABSCHAFFUNG DER WEHRPFLICHT

Dass sie zum doppelten Abiturjahrgang gehören werden, wissen sie natürlich längst. 25.000 Jugendliche mehr als in 2010 werden in diesem Jahr ihr Abitur ablegen. 6.200, also rund ¼ davon, werden in 2011 einen Studienplatz an einer niedersächsischen Hochschule suchen; weitere 4.800 werden wohl erst 2012 den Weg an die Hochschulen suchen. Hinzu kommt die Abschaffung der Wehrpflicht, die voraussichtlich mit einer weiteren Nachfrage nach rund 2.400 Studienplätzen in 2011 zu Buche schlagen wird.

Dafür sei vorgesorgt, haben der ehemalige Wissenschaftsminister Lutz Stratmann und seine Nachfolgerin Johanna Wanka in den letzten Jahren stets versprochen. Schließlich habe man gemeinsam mit dem Bund bereits frühzeitig den

Hochschulpakt zur Schaffung von insgesamt 35.000 neuen StudienanfängerInnenplätzen geschlossen. Ob diese Plätze nun auch in den Studiengängen geschaffen wurden, für die sich Laura und Jan interessieren, ist natürlich unklar.

Von dem Wunsch Medizin zu studieren haben sie sich vorsorglich schon einmal verabschiedet – hier wurden nämlich keine zusätzlichen Plätze geschaffen, schließlich ist ein Medizin-Studienplatz sehr teuer. Völlig unbeantwortet ist darüber hinaus auch die Frage, woher in wenigen Jahren die zusätzlichen Masterstudienplätze für den doppelten Abiturjahrgang kommen sollen, denn dafür wird im Hochschulpakt nicht gesorgt.

### AN DEN HOCHSCHULEN WIRD ES ENG

Trotz Ausbau der Studienplätze werden sich die Studienbedingungen an den Hochschulen weiter verschlechtern. Die Relation zwischen Studierenden und Lehrenden wird zwangsläufig abgesenkt. Auch die bauliche Entwicklung der Hochschulen kann mit den deutlich ansteigenden StudienanfängerInnenzahlen nicht Schritt halten. Die räumlichen Kapazitäten sollen daher besser ausgelastet werden. Das heißt, auf die Studierenden kommen künftig Nachtschichten und Wochenenddienste zu, dabei müssen sie zu einem großen Teil zu diesen Zeiten arbeiten, um sich die Studiengebühren leisten zu können.

Zwar wurden die Hochschulen im laufenden Haushaltsjahr vom allgemeinen Spardiktat des Finanzministers ausgenommen. Das allein reicht aber bei weitem nicht aus, um der Generation von Jan und Laura, einem der letzten starken Geburtenjahrgänge, noch halbwegs akzeptable Bildungschancen zu ermöglichen. Wir Grünen fordern daher die Abschaffung der Studiengebühren, eine bessere Ausfinanzierung des Hochschulpaktes und zusätzliche Gelder für die Hochschulen, um die Qualität der Lehre und des Studiums zu verbessern.

**GABRIELE HEINEN-KLJAJIC**  
Gabriele.Heinen@lt.niedersachsen.de  
Tel.: 0511 3030-3304



## HAUSHALT 2011 VERABSCHIEDET

Die Regionsversammlung hat am 15. Februar den Haushalt für das Jahr 2011 verabschiedet. Der zweite Haushalt in kaufmännischer Rechnung (Doppik) sieht ein Defizit von 95 Millionen Euro vor. Bei der Einbringung im November war zunächst sogar von 140 Millionen Euro Unterdeckung ausgegangen worden. Obwohl im Haushaltssicherungskonzept vorgesehen ist, bei der Umsetzung weitere 25 Millionen Euro einzusparen, ist der Spielraum für zusätzliche Aufwendungen eng begrenzt. Nachdem 2009 strukturell, d.h. ohne Berücksichtigung der Verluste aus Vorjahren sogar ein kleiner Überschuss erwirtschaftet werden konnte, ist die Verschlechterung in hohem Maße von Dritten bestimmt. Steigende Sozialausgaben, Steuerrechtsänderungen auf Bundesebene und die Nachwirkungen der Finanz- und Wirtschaftskrise haben bereits 2010 zu einer dramatischen Situation geführt. Statt die Kommunen durch eine angemessene Beteiligung an den Soziallasten wirkungsvoll zu unterstützen, sinkt der Anteil von Bund und Land kontinuierlich. Im Zusammenhang mit der Hartz-IV-Reform erwarten wir daher vom Bund die Übernahme der Grundsicherung im Alter, einen vollen finanziellen Ausgleich für die Umsetzung des Bildungs- und Teilhabepakets durch die Kommunen und einen Verzicht auf die Pläne zur Abschaffung oder Schwächung der Gewerbesteuer. Dringend erforderlich sind auch in der Region Hannover ein allgemeiner Mindestlohn und die wirksame Umsetzung des Grundsatzes der gleichen Bezahlung in der Leiharbeit. Die SteuerzahlerInnen der Region wie die der anderen Kommunen werden zur Kasse gebeten für das in der Leiharbeitsbranche betriebene Lohndumping.

Der zehnte Haushalt der Region seit 2001 trägt eine deutliche grüne Handschrift. Ein wichtiger Akzent für das Jahr 2011 ist die Vorbereitung für eine beschleunigte energetische Sanierung der Regionsgebäude. Der Sektor der Gebäudewärme ist bei den Zielen des Klimaschutzrahmenprogramms und auf dem Weg

zu einer klimaneutralen Region von strategischer Bedeutung. Wir wollen, dass die Region hier Vorbild wird.

Ein weiterer Schwerpunkt liegt in diesem Jahr bei der Verbesserung der Teilhabegerechtigkeit. Eines unserer zentralen Anliegen, die zügige Umsetzung der Behindertenrechtskonvention mit dem Ziel einer umfassenden Barrierefreiheit werden wir in diesem Jahr um wichtige Schritte voranbringen: Für die Regionsgebäude, darunter alle Schulen der Region soll eine Prioritätenliste und ein Umbaukonzept erstellt werden. Für Veranstaltungen der Region soll jeweils der Bedarf für Gebärdensprache abgefragt und entsprechend umgesetzt werden. Und der barrierefreie Ausbau von Bushaltestellen im Umland soll beschleunigt werden. Mit der Vorbereitung der Ausweitung des Nahverkehrs-Tarifgebiets auf die umliegenden Landkreise wollen wir den NutzerInnen und Nutzern von „grenzüberschreitenden“ Buslinien sowie Bartarifen die Vorteile verschaffen, die heute beim GVH-Tarifverbund in der Region bereits selbstverständlich sind. Mit einem Konzept für eine „Betriebskita“ der Region sowie ihrer Teilhabegerechtheit wollen wir die Vereinbarkeit von Familie und Beruf fördern und die Position der Region im Wettbewerb um Fachkräfte stärken.

### 10 JAHRE REGION

Die Region feiert im Jahr 2011 ihren zehnten Geburtstag. Das bundesweit beachtete und in dieser Form nach wie vor einmalige Modell, die regionalen Aufgaben in einer Hand zu bündeln, um eine bessere Zusammenarbeit und einen fairen Lasten- und Vorteilsausgleich zwischen den Städten und Gemeinden zu erreichen, ist ein Erfolg. Um die nach wie vor vielfach unbekannt Struktur der Region darzustellen, finden eine Reihe von Veranstaltungen statt, darunter ein Tag der offenen Tür am 26. Juni im Haus der Region an der Hildesheimer Straße.

**EURE REGIONSFRAKTION**  
gruene@region-hannover.de  
Tel.: 0511 616 22 084

# LANDWIRTSCHAFT HEUTE

## Bauern als Anwalt der Schöpfung oder Handlanger der Industrie?



**CHRISTIAN MEYER, DETLEF KNAUER, MICHAEL SCHULZE, ECKEHARDT BAUMGARTE.**

Die Themen der Podiumsdiskussion am 16. Dezember in Burgdorf, gesundes Essen, ökologisch angebaute Lebensmittel und artgerechte Tierhaltung sind seit jeher urgrüne Themen. In dieser Frage werden uns hohe Glaubwürdigkeit und Kompetenz bescheinigt, nicht erst seit den aktuellen Nahrungsmittelskandalen um dioxinverseuchte Eier. Und so war es für Burgdorfs Grüne naheliegend, dieses Thema öffentlich zu diskutieren. Anlass dazu waren die aktuellen Meldungen über Massentierhaltung im Zusammenhang mit dem Bau des hoch subventionierten Schlachthofes in Wietze bei Celle und in dessen Folge geplante Hühnermastanlagen auch in der Region Hannover und nicht zuletzt die von sieben Burgdorfer Bauern geplante Biogasanlage in einem Naherholungsgebiet.

Trotz Schneechaos und Vorweihnachtszeit kamen circa 40 Interessierte ins Jugendzentrum JohnnyB. Teilnehmer der Diskussion waren: Christian Meyer, landwirtschaftspolitischer Sprecher der Grünen Landtagsfraktion, Eckehardt Baumgarte, konventioneller Landwirt und Betreiber einer Biogasanlage in Ronnenberg und Michael Schulze, Pastor der Pankratius Gemeinde in Burgdorf. Detlef Knauer, Vorsitzender des Grünen Ortsverbandes moderierte dieses ernste Thema kurzweilig. Über zwei Stunden entspann sich eine angeregte Diskussion: Ist es wirklich verantwortlich ohne ein landschaftliches Gesamtkonzept immer mehr Biogasanlagen zu bauen und so die Ackerflächen mit dem Anbau von Mais zu

besetzen? Werden uns bald diese Flächen zum Anbau von Nahrungsmitteln fehlen und zu starken Preissteigerungen führen? Dort wo es eine hohe Dichte von Biogasanlagen gibt, findet schon eine Verdrängung von Milchbauern statt, weil sie die überhöhten Pachtpreise für Wiesen und Weiden nicht mehr mit Milch erwirtschaften können. In Punkto Massentierhaltung stand der Vorwurf an die VerbraucherInnen im Raum, diese würden nur billiges Fleisch kaufen wollen und dies wäre nur mit Massentierhaltung zu realisieren. Dagegen spricht, dass die guten alten Landschlachtereien, die ihr Schlachtvieh von ortsansässigen Bauern bekommen, offenbar keine Existenzprobleme haben. Im Publikum herrschte die Meinung vor, dass sich bei einer Kennzeichnungspflicht wie z.B. „Fleisch aus Massentierhaltung“ viele VerbraucherInnen aus moralischen Gründen gegen diese Produkte entscheiden würden.

Quintessenz aus dieser Veranstaltung ist, dass wir Grünen uns zusammen mit dem Wirtschaftsförderer der Stadt dafür einsetzen, dass in Burgdorf ein Bio-Supermarkt angesiedelt wird, und das noch in diesem Jahr. Zulieferer sollen möglichst viele Biobetriebe aus der Umgebung sein. Erste Schritte in diese Richtung sind bereits erfolgt. Als Nebenwirkung erhoffen wir uns, dass der eine oder andere Landwirt auf Bio-Produktion umstellt.

**SIMONE HELLER**  
simheller@arcor.de



# WOHIN MIT ALLEN KATZEN?

**Die Population der verwilderten Hauskatzen muss gesenkt werden. Das geht uns alle an, sagt Tierschützerin Birgit Wette in ihrem Gastbeitrag für die Grünen Seiten.**

Wegschauen bringt oft Konsequenzen, die fatal sein können. Egal in welcher Angelegenheit.

Im einundzwanzigsten Jahrhundert gibt die Menschheit an, wie zivilisiert, modern und cool sie ist. Wenn es aber um Schwächere, Abhängige oder Tiere geht, dann wird oft weggeschaut oder lapidar der Spruch gebracht: „So ist eben die Natur“ oder „Das geht mich nichts an“. Der Mensch läuft auch nicht mehr barfuß im Lendenschurz und schwingt die Keule oder schläft in Höhlen. Die Zivilisation, das Moderne und die Coolness für sich allein in Anspruch zu nehmen ist nicht fair, diese Eigenschaften sollten sich auf das Dasein aller Kreaturen beziehen, dann sind diese Ansprüche erst berechtigt.

Zur Zivilisation gehört Verantwortung, zum Modernen gehört Hinsehen und zur Coolness gehört Mut. Verantwortung, Hinsehen, Mut lassen Taten walten und so manches Elend verhindern. Ein Beispiel ist die heutige Situation der Katzen.

Auch in Deutschland und nicht nur in den südlichen Ländern gibt es herrenlose Tiere, die täglich um ihr Überleben kämpfen. Hunger, Stress und Krankheiten stehen bei diesen Kreaturen auf dem Tagesplan.

Eine verwilderte Hauskatze vermehrt sich pro Jahr um mindestens zwölf Katzen, diese wiederum um 12 x 6, wenn dabei sechs Weibchen sind, dann sind es schon 72 und so weiter. Zu viele Katzen bergen die Gefahr von Seuchen und sich bildenden neuen Krankheiten, die auch für den Menschen eine Bedrohung bedeuten können. Wo ist denn die Natur, die soviel Platz für diese Katzen bietet? Der Mensch reduziert die Natur, dann ist auch hier Verantwortung für alles drum herum vom Menschen zu tragen. Er tut es aber nicht. Leider! Dabei ist es doch so einfach. Würde man alle freilebenden Katzen und

Kater kastrieren lassen, würde sich ein so hochgradiges Elend erst gar nicht bilden.

Dies ist ein Appell an jedeN, zu helfen das Elend zu mindern. Es gibt viele Institutionen, die dabei unterstützen, wie Tierschutzvereine, Katzenhilfe oder die eigene Familie, FreundInnen und Bekannte. Ein Tropfen auf den heißen Stein, aber eben ein Tropfen. Ein Appell auch an die Regierung, einen „Groschen“ Förderung zur Verfügung zu stellen, um damit die Tierarztkosten für die HelferInnen für eine Kastration zu mindern oder einen Zweijahresfonds „Kostenfreie Kastration für Katzen“ freizugeben. Konsequenter wäre eine Kastrationspflicht. Verschiedene Tierschutzorganisationen haben vor kurzem diverse Anläufe unternommen, eine Kastrationspflicht durchzusetzen, was leider bisher wegen der Befürchtung einer daraus resultierenden zu hohen Bürokratie gescheitert ist. Zuletzt wurde ein Antrag bei der Stadt Hannover ohne Begründung abgeschmettert.

Übrigens: Ein Kater, der nicht kastriert ist, hat keinen Spaß daran. Das ist ein volkstümlicher Irrtum und primitiv gedacht. Ein nicht kastrierter Kater steht unter starkem Stress. Nur der Trieb, ein Weibchen zu finden ist sein Ziel. Er läuft viele Kilometer, um ein Weibchen zu finden und setzt sich dabei vielen Gefahren aus: Straßenverkehr, Krankheiten und Kämpfe mit Rivalen. Ist der Kater mühselig ans Ziel gekommen, ist der „Spaß“ an dem Weibchen beschränkt auf maximal 3 Sekunden und endet mit Kratzern und Bissen.

In unserer auch so zivilisierten, modernen und coolen Zeit, sollte solch ein Elend an Schwächere, Abhängige oder Tiere nicht unkontrolliert produzierbar sein!

**BIRGIT WETTE**

Wanda3@gmx.de



## Hannover AUS DEM RATHAUS

### HAUSHALTSVERHANDLUNGEN 2011

Ein zentraler Schwerpunkt der rot-grünen Verabredungen sind die Maßnahmen zum quantitativen und qualitativen Ausbau im Bereich der Kinderbetreuung. Hierzu gehören u. a. 100 zusätzliche Betreuungsplätze in 2011 und weitere 200 in den Jahren 2012 und 2013 über den Rahmen 5x 300 hinaus, mehr ¼- und Ganztags-Kitaplätze, verlängerte Öffnungszeiten von Kitas, Frühförderung in Familienzentren, Verbesserungen für Kitas in sozialen Brennpunkten. Dies sind wichtige Investitionen in die Zukunft unserer Kinder und zugleich wesentlich für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf!

Ein weiterer wichtiger Schwerpunkt ist die Beschleunigung beim Ausbau von Ganztagsgrundschulen in den nächsten Jahren. Bereits zum Sommer 2012 sollen es im Stadtgebiet mindestens 25 Ganztagsgrundschulen sein. Wir kritisieren das Land deutlich, weil es sich finanziell zurückhält und sich der Verantwortung entzieht.

Mit diesen Angeboten verbessern wir für unsere Kinder deutlich die Möglichkeiten für das Lernen und die gesellschaftliche Teilhabe, gerade auch für Kinder aus bildungsferneren Elternhäusern.

Wichtige Akzente im sozialen Bereich setzen wir beim Hannover-Aktiv-Pass und der Inklusion.

Das Gesamtpaket unserer Haushaltsveränderungen zeugt von finanziellem Augenmaß (Saldo insgesamt ca. 2,5 Mio), was in Zeiten laufender Haushaltskonsolidierung ein wichtiger Beitrag für die Zukunftsfähigkeit unserer Stadt ist.

### KLIMANEUTRALE RATHAUSDRUCKEREI

Die Grüne Ratsfraktion hatte das klimaneutrale Drucken gegenüber der Stadtverwaltung bereits Mitte 2008 vorgeschlagen. Eine Reduzierung wurde schon durch den Einsatz von Recyclingpapier und die Einhaltung von Umweltstandards bei der Beschaffung von Druckereigeräten erreicht.

Nun soll es laut Verwaltung in einem weiteren Schritt an die Umsetzung mit dem Ziel Klimaneutralität gehen: Die Verwaltung wird einen Dienstleister beauftragen. Dieser würde jährlich die Emissionsmenge an CO<sub>2</sub> ermitteln (Größenordnung von 40 bis 50 Tonnen im Jahr) und dafür eine Kompensation organisieren. Diese könnte zum Beispiel über eine Windkraftanlage zur regenerativen Stromerzeugung erfolgen, für die die Stadt Emissionszertifikate erwirbt.

Die Grünen sehen diese Maßnahme als einen von vielen Bausteinen im Rahmen des Klimaschutzaktionsprogramms 2008-2020 und wünschen sich im Zuge der Vorbildfunktion der Stadt viele nachahmende Druckbetriebe.

### ZWEITE FAHRRADSTATION

Der Bedarf für weitere Fahrradabstellmöglichkeiten am Hauptbahnhof ist offensichtlich, sowohl an den Fahrradbügeln auf dem Ernst-August-Platz wie auch in der Fahrradstation im Fernroder Tunnel gibt es kaum freie Plätze. Mit der neuen Fahrradstation in der Rundestraße werden nun endlich die Fahrradabstellmöglichkeiten in Bahnhofsnähe erweitert, wie dies schon lange von den Grünen gefordert wurde. Die 426 zusätzlichen wettergeschützten Fahrradabstellplätze am Hauptbahnhof werden auch dringend benötigt, um mehr Menschen für Bike & Ride zu gewinnen und damit dazu beizutragen, den Radverkehrsanteil am Verkehrsaufkommen in Hannover von derzeit 13 % auf 25 % zu steigern, wie wir uns das mit dem auf Initiative von Rot-Grün verabschiedeten Leitbild Radverkehr zum Ziel gesetzt haben.

Die neue Fahrradstation wird wie bereits die Station im Fernroder Tunnel durch den Suchthilfeträger STEP gGmbH betrieben. Sie schafft so zehn weitere wichtige Arbeitsplätze für ehemals drogenabhängige Menschen.

**EURE RATSFRAKTION**  
gruene@hannover-stadt.de  
0511 168 454 33

# VOR DEM STAATSGERICHTSHOF

**Volksbegehren fordert uneingeschränkte Zulässigkeit**



**RUNDER TISCH DES VOLKSBEGEHRENS ENDE JANUAR 2011.**

FOTO: NILS JOHANNSEN

Die Landesregierung musste sich korrigieren. Zu offensichtlich war ihr Fehler bei der Beschlussfassung über die Zulässigkeit des „Volksbegehrens für gute Schulen“. In ihrem mit einer „Maßgabe“ versehenen Beschluss vom 21. September 2010 hatte die Landesregierung übersehen, dass nicht nur Grundschulen, sondern auch die Primarbereiche von Förderschulen als „Volle Halbtagschulen“ geführt werden konnten. Den gesetzlichen Vertreterinnen und Vertretern des Volksbegehrens wurde Anfang Dezember 2010 vom zuständigen Kultusministerium mitgeteilt, dass die Landesregierung ihren ursprünglichen Beschluss zur Zulässigkeit des Volksbegehrens aufgehoben und am 30. November 2010 durch eine neue Entscheidung ersetzt habe. Darin wird eingeräumt, dass erst durch die Anrufung des Staatsgerichtshofs durch die Initiatoren des Volksbegehrens erkannt worden sei, dass mit der Forderung nach Fortführung der Vollen Halbtagschulen nicht nur Grundschulen, sondern auch die Primarbereiche von Förderschulen gemeint waren.

Für die VertreterInnen des Volksbegehrens ist das Zurückrudern der Landesregierung ein Teilerfolg, zugleich aber auch eine weitere Behinderung des Volksbegehrens. Denn im neuen Beschluss der Landesregierung wird daran festgehalten, dass der die Vollen Halbtagschulen betreffende § 3 des Gesetzesentwurfs der Initiative anders formuliert werden müsse. Das hätte zur

Folge, dass neue Unterschriftenbögen gedruckt und in Umlauf gebracht werden müssten. Der Staatsgerichtshof wurde deshalb erneut mit dem Ziel angerufen, das Volksbegehren uneingeschränkt für zulässig zu erklären. Damit bleibt es zunächst dabei, dass auf den ursprünglichen Unterschriftenbögen weiter Unterschriften gesammelt werden können. Neu festgesetzt werden muss dagegen der Termin, bis zu dem die Unterschriftenbögen bei den zuständigen Gemeinden eingereicht werden müssen. Der zuständige Landeswahlleiter hat diese Frist auf den 2. Mai 2011, den Endtermin des ersten Verfahrens, festgesetzt.

Die große Mehrheit der InitiatorInnen will hiergegen erneut Rechtsmittel einlegen. Ihre Rechtsposition richtet sich auf das zweite Verfahren gegen den zweiten Beschluss der Landesregierung, in dem eine Frist bis Ende Juni 2011 beantragt wurde. Wenn diese Frist bestätigt würde, hätte das Volksbegehren die Möglichkeit, in den beginnenden Kommunalwahlkampf einzugreifen, die neue Kampagne „Gib uns 9!“ zu verbreitern und weiterhin Unterschriften zu sammeln. Was gebraucht wird, sind weiterhin genügend Personen, die in ihren Bekantenkreisen, in Schulen und Betrieben aktiv Unterschriften sammeln. Mehr Informationen unter [www.volksbegehren-schulen.de](http://www.volksbegehren-schulen.de)

**UTE JANUS**

[ute.janus@t-online.de](mailto:ute.janus@t-online.de)

# Y DURCH DIE REGION?

**Diskussion zur Streckenführung der Y-Trasse.**

Bisher war die Diskussion über den Neubau einer Hochgeschwindigkeitstrasse im Dreieck zwischen Hamburg, Bremen und Hannover eher eine hitzige Debatte in anderen Teilen des Landes. Im Herbst des letzten Jahres hat sich dies nun geändert – jetzt wird das Thema für die Region Hannover äußerst relevant. Grund ist die Planung von mehr Güterverkehr auf der Strecke und damit im Zusammenhang eine notwendige Güterumfahrung für den schon heute am Ende seiner Kapazität belasteten Verkehrsknoten Hannover. Aus diesem Grund hatte Enno Hagenah, verkehrspolitischer Sprecher der grünen Landtagsfraktion, zusammen mit dem Regionsvorstand zu einem grünen Austausch eingeladen – die Teilnahme von etwa 30 Leuten zeigt das große Interesse.

Neu betroffen sein werden Kommunen im Nordosten der Region (Wedemark, Burgdorf, Burgwedel und Lehrte). Obwohl die Streckenführung im Detail noch nicht feststeht, beginnt sich zum Teil schon heftiger Widerstand von den kommunalen VertreterInnen und BürgerInnen zu artikulieren. Dabei steht die berechtigte Sorge um die Belastung der AnwohnerInnen durch eine laute Güterverkehrsstrecke im Vordergrund.

Tatsache ist allerdings auch, dass das Güterverkehrsaufkommen nach einer Phase der Stagnation auch auf der Schiene stetig steigt. Zukünftig ist wegen der Kapazitätserweiterungen der Seehäfen mit einem Anstieg der an den Küsten ankommenden Fracht zu rechnen und aus Gründen des Klimaschutzes ist ein steigender Anteil des Güterverkehrs auf der Schiene an sich wünschenswert.

Als Handlungskonzept wurde von der Landtagsfraktion deshalb eine Übersicht der dringend erforderlichen Maßnahmen zum Ausbau des schienengebundenen Hafenhinterlandverkehrs erarbeitet und diese mit zu erwartenden Kosten hinterlegt. Eine große

Rolle spielt dabei auch der Lärmschutz für die AnwohnerInnen. Zu lesen und herunterzuladen unter [http://www.enno-hagenah.de/cms/default/rubrik/14/14903.haefen\\_und\\_hinterlandanbindung.html](http://www.enno-hagenah.de/cms/default/rubrik/14/14903.haefen_und_hinterlandanbindung.html)

Dabei zeigte sich, dass ein Ausbau entlang bestehender Trassen erhebliche finanzielle und auch zeitliche Vorteile gegenüber dem Neubau des Y hat. Die bisherigen Kostenangabe für das Y liegt bei 1,4 Mrd. (dies ist der Stand von Anfang der 90er Jahre). Die Schätzungen für eine Umsetzung heute liegen bei 3-4 Mrd. Euro, ohne Kalkulationen für Anforderungen durch den Güterverkehr auf der Strecke und ohne die Güterumfahrung für Hannover. Sicher ist auch, dass aus grüner Perspektive ein ausreichender Streckenausbau der Schiene nicht unabhängig von einem Verzicht auf Straßenneubau diskutiert werden kann. Wenn wir mehr Projekte für die Bahn brauchen, müssen auf der anderen Seite teure Straßenausbauprojekte zurückgestellt werden, um mit dem Geld hin zu kommen. Bei dem Gespräch wurde deutlich, dass langfristig ein Maßnahmenpaket zum Ausbau im Bestand nicht ausreichen könnte. Zumal grüne Forderungen an die Y-Trasse wie eine Nutzung auch für den Güterverkehr (wird ermöglicht durch ein Tempolimit von 250 anstelle von 300 km/h) und eine Güterumfahrung für den Knotenpunkt Hannover in die Planungen aufgenommen wurden. Es bleibt allerdings der Finanzierungsvorbehalt.

Als nächsten Schritt müssen die Zahlen auf den Tisch – es muss ein transparenter Vergleich der Leistung und der Kosten möglich werden. Hierzu werden die Grünen zur weiteren Diskussion auch in der Region Hannover einladen. Auf die Ergebnisse dürfen wir gespannt sein.

**MAARET WESTPHELY**

[maaret.westphely@hannover-rat.de](mailto:maaret.westphely@hannover-rat.de)



# LABYRINTHE

## Ein alter weiblicher Mythos.

Labyrinth gibt es seit tausenden von Jahren auf der ganzen Welt und in verschiedenen Kulturen. Wir finden Symbole in Höhlen, an Felsen, Gräbern, auf Münzen, antiken Vasen, Mosaikböden und Schmuck. Das vermutlich älteste Labyrinth-Symbol wurde auf Sardinien vor über 4000 Jahren in einem Höhlengrab angebracht. Große begehbare Labyrinth entdecken wir in unterschiedlichen Ausführungen an Kultplätzen, abge-

schiedenen Orten, an Küsten, in Landschaften. Bekannte Kirchenlabyrinth gibt es in Frankreich und Italien, Steinlabyrinth in Russland und den skandinavischen Ländern, Rasenlabyrinth in England. Auch im asiatischen Raum und Amerika finden wir Anlagen. Die Faszination der Labyrinth ließ in den letzten Jahren allein in Deutschland, der Schweiz, Österreich und den USA über 500 neue Labyrinthplätze entstehen, eine besonders von Frauen geprägte Labyrinthbewegung besinnt sich auf die Symbolik der Kräfte.

In vielen Kulturen wurde das Labyrinth in unmittelbarem Zusammenhang zu Geburt, Tod und Wiedergeburt gesehen. Der Weg durch das Labyrinth führt vorwärts in Windungen - wie im Leben, er führt nicht geradeaus. Der Weg ist nicht unterbrochen, er unterliegt dem Wandel der Zeit. Der Weg lässt uns in Geduld üben. Wir begegnen Richtungsänderungen, und doch geht es immer weiter und vorwärts. Am Anfang des Labyrinths steht die Pendelbewegung des Hin und Zurück. Die fortwährende Bewegung ergibt den Weg in das Labyrinth hinein und wieder hinaus. Die Mitte ist der eigentliche Ort der Umkehr, der Weg beginnt neu, er führt uns nach außen. Er ist Sinnbild der grundlegenden Lebensgesetze. Die Menschen haben sie vor vielen tausend Jahren körperlich erfahren und Schritt für Schritt in ihren Riten verinnerlicht. Das Labyrinth steht als ein Zeichen der Umwandlung, der Wende. Jeder Wandel vollzieht sich erst mit dem Verlassen von Vertrautem, mit der

Zuwendung zum Unbekannten. Das Kretische Labyrinth war ein matriachales, kultisches Zeichen. In der Anlage, wahrscheinlich ein Tanz- und Kultplatz, wurden von Frauen geprägte Leben-, Tod- und Wiedergeburt-Rituale im Jahreszeitenzyklus gefeiert. Auch in Hannover finden wir ein Labyrinth, erstmals in der Chronik 1642 erwähnt. Ursprünglich am Emichplatz gelegen wurde es 1932 mitten in die nördliche Eilenriede verlegt. Es ist ein Rasenlabyrinth mit Kreisen aus Rasen- und Kieselsteinflächen, in der Mitte eine Linde. Anlagen dieser Art waren in altgermanischer Zeit Kultstätten. Das „Baltische Rad“ in der Eilenriede ist eines der letzten vier historischen Rasenlabyrinth Deutschlands. Ein Eingang geht hinein, der Weg führt zur Mitte, der weitere Gang führt hinaus. Es gibt keine Wegkreuzung. Die rechte und linke Hälfte sind wie alles Lebendige in der Natur auch nicht symmetrisch.

Verschiedene gesellschaftliche Gruppen, besonders viele Frauengruppierungen - den weiblichen Mythos wieder auflebend - haben in den letzten Jahrzehnten Labyrinth und ihre Symbolik und Kräfte wiederentdeckt. An vielen Orten entstanden Initiativen als Labyrinthbewegung, die alte Labyrinthanlagen wieder belebten und neue anlegten, im öffentlichen Raum, als Ort der Kraft und Begegnungen. Das Durchschreiten eines begehbaren Labyrinths, das als Symbol des verschlungenen Lebensweges verstanden wird, dient der Meditation und fordert zum Überdenken des eigenen Lebens auf.

Am Frauentag, 8. März, um 18.30 Uhr bieten wir ein Durchschreiten des Labyrinths in der Eilenriede an. Das Rad im Eilenrieder Forst liegt 250 m östlich der Bernadotte Allee und 700 m nördlich des Zoos. Wir finden uns! Bitte bei mir anmelden.

**ULRIKE WITTE**  
u.witte@gmx.net



# GUTEN APPETIT!

“Diese Suppe können Sie auslöffeln...” Unter diesem Motto verteilte die AG Land und Tier Bio-Gemüsesuppe in der hannoverschen Innenstadt.



## AKTION DER AG LAND UND TIER AM ERNST-AUGUST-PLATZ

Eine heiße Gemüsesuppe an einem nasskalten Januarnachmittag: Das lockte viele Menschen an den Stand der AG Land und Tier am 21. Januar in der Bahnhofstraße. Und der Biobauer, aus dessen Anbau der größte Teil des Gemüses kam, war mitsamt Trecker und Anhänger dabei. Kostenlos serviert wurde die Suppe in essbaren Schalen aus einer Getreidesubstanz, natürlich auch bio!

Zwei Vertreter der Bürgerinitiative Groß Munzel unterstützten die Aktion, indem sie über die dort geplante Anlage für 84.000 Masthähnchen aufklärten. Deutlich spürte man die Verunsicherung vieler BürgerInnen durch den Dioxin-Skandal. Auch einige junge Landwirte kamen an den Stand. Sie wollten uns Stadtmenschen eigentlich nur klar machen, wie naiv wir seien. Es sei heutzutage unmöglich, tiergerecht zu produzieren und dabei finanziell über die Runden zu kommen. Doch Bio-Bauer Maage aus Benthe konnte ihnen erklären, dass es auch anders geht.

Viele Menschen nutzten die Gelegenheit nicht nur dazu, sich an der leckeren Suppe zu stärken, sondern auch, um sich zu informieren über Mastanlagen, Tierfütterung und -haltung und die grünen Positionen zu diesen Themen. In den Gesprächen ging es vor allem um Alternativen zur industrialisierten Landwirtschaft und über Möglichkeiten eines bewussten Konsumverhaltens gerade beim Fleisch, das nicht aus konventioneller Massentierhaltung, sondern aus bäuerlicher

Landwirtschaft stammen sollte. Und jeder bewusste Mensch sollte in seinem Umfeld dafür werben, dass die Idee des “Sonntagsbratens” wieder belebt wird. Das heißt ein freiwilliger Verzicht auf den täglichen Fleischkonsum. Damit lässt sich auch das Argument entkräften, nachhaltig erzeugtes Fleisch sei zu teuer, denn wer weniger Fleisch isst, kann auch mehr Geld dafür ausgeben. Wer dann am Stand noch den Blick auf den Bildschirm eines Laptops richtete, auf dem Filmausschnitte aus Hähnchenmastanlagen und einem Hähnchenschlachthof liefen, war von unserem Anliegen überzeugt oder kam zumindest ins Grübeln. In den Gesprächen spielte die Frage, wo man in Hannover und Umgebung Bio-Fleisch erwerben kann, eine große Rolle. Deshalb plant die AG Land und Tier, eine Liste zusammenzustellen mit Adressen und Tipps für den Kauf von Fleisch und Wurst aus regionalen Bio-Betrieben. Auch Betriebe, die kein Bio-Fleisch erzeugen, aber tiergerechter und umweltschonender erzeugen als die riesigen, auf den intransparenten Tierfutterhandel angewiesenen Agrarfabriken, sollen dabei berücksichtigt werden.

Hier noch ein Tipp für alle grünen WahlkämpferInnen: Den Leuten etwas Essbares anzubieten hat sich als sehr positiv erwiesen, wenn man eine Atmosphäre für Gespräche mit BürgerInnen herstellen will.

**CHRISTIANE HUSSELS**  
christiane.hussels  
@arcor.de



# T E R M I N E

<b>21.02.</b> Verkehrs- und Umwelt-AG, Haus der Region, Raum 63	<b>17:30</b>	<b>26.02.</b> Besuch auf dem Hemme-Hof, Wedemark, Sprockhofer Str.9. In der Reihe Besondere Orte - Besondere Besuche	<b>14:00</b>	<b>03.03.</b> Grüne BürgerInnensprechstunde mit Sven-Christian Kindler, Grünes Zentrum, Senior-Blumenberg-Gang 1, EG	<b>17:00</b>	<b>22.03.</b> AG Kinder & Jugend, Senior-Blumenberg-Gang 1, UG	<b>18:00</b>
<b>21.02.</b> AG Soziales, Senior-Blumenberg-Gang 1, EG	<b>17:30</b>	<b>28.02.</b> AG Bauen, Wohnen & Verkehr, Neues Rathaus, Collegienzimmer	<b>17:30</b>	<b>03.03.</b> AG Umwelt & Energie, Senior-Blumenberg-Gang 1, UG	<b>18:00</b>	<b>23.03.</b> AG Schule, Senior-Blumenberg-Gang 1, EG	<b>18:30</b>
<b>22.02.</b> AG Kinder & Jugend, Senior-Blumenberg-Gang 1, UG	<b>18:00</b>	<b>28.02.</b> Transition Town - Bewegung für eine Stadt des Übergangs. Zu Gast bei Petra K., Grünes Zentrum, Senior-Blumenberg-Gang 1, UG	<b>19:00</b>	<b>04.03.</b> Grüne "treten ein" für Gleichberechtigung. Aktion mit Sven-Christian Kindler (MdB) zum internationalen Frauentag. treffpunkt: Grünes Zentrum, Senior-Blumenberg-Gang 1	<b>16:00</b>	<b>25.03.</b> Besuch Polnische Katholische Mission. In der Reihe Besondere Orte - Besondere Besuche.	<b>16:00</b>
<b>22.02.</b> AG Land und Tier, Haus der Region, Sitzungsraum 61.	<b>18:30</b>	<b>01.03.</b> AG Sport, Senior-Blumenberg-Gang 1, EG	<b>18:30</b>	<b>08.03.</b> Zum internationalen Frauentag: Tanz durch das Hannoversche Labyrinth in der Eilenriede. In der Reihe Besondere Orte - Besondere Besuche.	<b>18:30</b>	<b>26.03.</b> Mitgliederversammlung des Grünen Stadtverbands Hannover, Üstra-Remise, Goethestraße 19.	<b>10:00</b>
<b>24.02.</b> Umwelt-AG, Haus der Region, Raum 63	<b>18:00</b>	<b>02.03.</b> AG Frauen	<b>18:00</b>	<b>12.03.</b> Mitgliederversammlung des Regionsverbands, Gemeindehaus der Pauluskirche, Meterstraße 37, 30169 Hannover	<b>10:30</b>	<b>29.03.</b> Einblicke, Einsichten, Erkenntnisse: Zu Besuch im Jobcenter Hannover mit Brigitte Pothmer. In der Reihe Besondere Orte - Besondere Besuche.	<b>14:00</b>
<b>24.02.</b> AG Migration, Senior-Blumenberg-Gang 1, UG	<b>18:00</b>			<b>14.03.</b> AG Kultur, Senior-Blumenberg-Gang 1, UG	<b>18:00</b>	<b>01.04.</b> Rundgang über den Lindener Berg, In der Reihe Besondere Orte - Besondere Besuche.	<b>14:00</b>

## I M P R E S S U M

Grüne Seiten sind das Mitteilungsblatt des Regionsverbands Hannover von Bündnis 90/Die Grünen, Senior-Blumenberg-Gang 1, 30159 Hannover.

An dieser Ausgabe haben mitgearbeitet: Brigitte Deyda, Brigitte Vollmer-Schubert, Brigitte Pothmer, Daniela Kauhausen, Carolin Jaekel, Friederike Kämpfer, Regine Kramarek, Birgit Lapp-Schumacher, Ursel Menschel, Ingrid Wagemann, Mechthild Dortmund, Dorota Szymanska, Maaret Westphely, Carolin Lange, Gabriele Heinen-Klajic, Dirk Musfeldt, Norman Seibert, Michèle Kahl, Simone Heller, Birgit Wette, Gabriele Bartoszak, Ruth Wenzel, Nils Johannsen, Ute Janus, Ulrike Witte, Christiane Hussels, Ronald Schütz und Christian Günther (V.i.S.d.P.).

Druck: Forum Druck, Striehlstr. 11, 30159 Hannover, Tel. 0511-1316224. Gedruckt auf 100% Recycling-Papier.

Versand: Lister Copy und Büro Service, Pelikanstr. 13 A, 30177 Hannover, Tel. 0511-96546-0

Grüne Seiten werden kostenlos an alle Mitglieder von Bündnis 90/Die Grünen Regionsverband Hannover verschickt. Die nächsten Grünen Seiten erscheinen voraussichtlich im Juni 2011.



**Bündnis 90/Die Grünen  
Senior-Blumenberg-Gang 1  
30159 Hannover**

**Tel. 0511/300 88 66,  
Fax 0511/300 89 66**

**region@gruene-hannover.de  
www.gruene-hannover.de**

**Bankverbindung:  
Kontonr.: 8418700  
Bank für Sozialwirtschaft  
Bankleitzahl: 251 205 10**

<b>15.03.</b> AG Land und Tier, Grünes Zentrum (UG), Senior-Blumenberg-Gang 1	<b>18:30</b>	<b>07.04.</b> Grüne BürgerInnensprechstunde mit Christian Gailus und Dorota Szymanska. Grünes Zentrum, Senior-Blumenberg-Gang 1	<b>17:00</b>
<b>17.03.</b> Umwelt-AG, Haus der Region, Raum 63	<b>17:00</b>	<b>05.05.</b> Grüne BürgerInnensprechstunde mit Stephan Beins. Grünes Zentrum, Senior-Blumenberg-Gang 1	<b>17:00</b>
<b>19.03.</b> Wie wollen wir in Zukunft leben? Interkulturelles Frauencafé – Frauen und Gesundheit. Grünes Zentrum, Senior-Blumenberg-Gang 1	<b>16:30</b>	<b>06.05.</b> Besichtigung der AWD-Arena. In der Reihe Besondere Orte - Besondere Besuche.	<b>15:00</b>
<b>21.03.</b> AG Soziales, Senior-Blumenberg-Gang 1, EG	<b>17:30</b>	<b>22.05.</b> Autofreier Sonntag in Hannover	<b>14:00</b>
<b>22.03.</b> AG Organisation & Personal, Senior-Blumenberg-Gang 1, EG	<b>14:00</b>	<b>09.06.</b> Grüne BürgerInnensprechstunde mit Angela Klingrad und Dorota Szymanska	<b>17:00</b>
<b>22.03.</b> AG Frauen	<b>18:00</b>		



**DIE GRÜNE JUGEND TRIFFT SICH  
JEDEN MITTWOCH UM 18.00 UHR  
IM GRÜNEN ZENTRUM.**

**INTERESSENTINNEN SIND  
HERZLICH WILLKOMMEN!**

## MITGLIEDSBEITRÄGE UND SPENDEN

Wir freuen uns über jede Spende und sind von der regelmäßigen Zahlung der Mitgliedsbeiträge abhängig. Der Mitgliedsbeitrag beträgt ein Prozent des Nettoeinkommens. Beitragsanpassung dringend erwünscht! Hierzu reicht ein Anruf oder eine Mail. Auch Einzugsermächtigungen könnt ihr uns ganz einfach telefonisch oder per Mail erteilen!

Bei Fragen meldet euch in der Geschäftsstelle.